

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inflation - Gebühr
 Betrag für die sechsmonatige Kolonisation oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das feilgekaupte Wort 20 Pf. (zuzüglich 2 feilgekaufte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schiffsstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983. **Donnerstag, den 22. Februar 1912.** Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Wir haben in unserem gestrigen Artikel bereits gesagt, wie die Ankündigung von Lohnerhöhungen nur eine Finte der Bergarbeiter war, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der erneuten Steigerung des Kohlenpreises abzulenken. Für die Beurteilung des Verhaltens der christlichen Bergarbeiterorganisation ist es aber von Wichtigkeit, festzustellen, daß diese Auffassung auch durchaus von der Zentrums- und Sozialdemokratischen Presse geteilt wurde. Die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb am 6. Februar, nachdem die Ankündigung der Lohnerhöhung durch die Presse gegangen war:

„Nach der ganzen bisherigen Haltung des Sechsenverbandes ist anzunehmen, daß in der Tat eine allgemeine Lohnerhöhung nicht durchgeführt wird; denn das ist das Merkwürdigste: man sieht ein, daß die Preise der Kohle gemeinsam festgesetzt werden sollen, will aber nicht einsehen, daß es wichtiger ist, die Preise der Arbeitskraft gemeinsam zu regeln. In dieser Beziehung ist die Wirksamkeit des Sechsenverbandes noch so rückständig wie früher.“

Es sicher es ein gewaltiger Fortschritt wäre, wenn in dieser Richtung eine Neuerung aus dem eigenen Antrieb des Sechsenverbandes heraus erfolgte, so bestimmt kann man annehmen, daß eine ganze Reihe von Sechsen einer derartigen Wendung in dem Verhalten den Arbeitern gegenüber den größten Widerstand entgegenzusetzen werden. Bis diese Politik betrieben wird, werden sich wohl noch heftige Kämpfe abspielen müssen, durch welche die Arbeiterverbände sich erst ihre Anerkennung erzwingen müssen. (!!) Es ist bedauerlich, daß ein offensichtlicher Fortschritt zurzeit nicht anders zu erreichen ist. Daß infolge des Abkommens zwischen dem Kohlenyndikat und dem preussischen Staat auch die Lohnfrage brennend werden würde, war im Hinblick auf die gespannte Haltung zwischen Sechsen und Bergarbeitern vorauszu sehen. Wenn aber in Verträgen, welche den Standpunkt der Arbeitgeber ganz einseitig vertreten, die Öffentlichkeit damit beruhigt werden soll, daß die Löhne bald wieder die Höhe des Jahres 1907 erreicht haben dürften, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß sich damit die Arbeiter wohl kaum zufrieden geben dürften; denn da gegen das Jahr 1907 die Kaufkraft des Geldes wieder gesunken ist, so würden die Löhne des Jahres 1907 noch lange nicht bedeuten, daß die Bergleute sich schon wieder in der wirtschaftlichen Lage des Jahres 1907 befänden. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten die Löhne den Stand vom Jahre 1907 übersteigen.“

Das führende Zentrumsblatt glaubt also auch nicht an die angekündigten Lohnerhöhungen. Es spricht klipp und klar aus, daß der Lohnstand von 1907 (der noch immer nicht wieder erreicht ist) wegen der gesunkenen Kaufkraft des Geldes jetzt „noch lange nicht“ die Arbeiter befriedigen dürfte und ist ferner der Meinung, ohne Kämpfe würde die Lohnfrage in einem die Arbeiter befriedigenden Sinne nicht geregelt werden! Das ist seitabhalten mit Rücksicht auf das Verhalten der Zeitung des Zentrumsgewerkvereins der Bergleute.

Das Zentrumsblatt „Saarpost“, Haupt Sprachrohr der Zentrumsgewerkvereiner im Saargebiet, schrieb am 5. Februar zu der angekündigten Lohnerhöhung:

„Jedoch will es uns zunächst scheinen, als wenn man mit der zitierten Notiz in erster Linie versuchen will, die Erhöhung der Kohlenpreise und das Abkommen des preussischen Bergwerks an der Ruhr mit dem Kohlenyndikat schwachhaft zu machen. Die Bergleute tun daher gut, trotz aller Ermahnungen mit aller Kraft an der Stärkung ihrer Gewerkschaft zu arbeiten, damit sie ihrer berechtigten Forderung nach höheren Löhnen, die auch in der Bürgerlichkeit volle Sympathie findet, gegebenenfalls den erforderlichen Nachdruck zu verleihen in der Lage sind. Wer sich auf die Arbeitgeber im Versuch verläßt und wartet, bis daß dieselben aus eigener Initiative Lohnerhöhungen vornehmen, dem kann unseres Erachtens der Wagen recht lange knurren.“

Dieses Mißtrauen gegen Lohnerhöhungen der Bergherren kann kaum übertroffen werden. Es ist aber durch vielfache Erfahrung begreiflich und erst recht am Platze gegenüber einer Unternehmerrschafft, die oft genug bewiesen hat, daß sie die Arbeiter, ob sie nun „schwarz, blau oder rot“ organisiert sind, mit ihren Forderungen stets schroff zurückweist.

Die Vorstände der drei seit 1905 fast ununterbrochen in allgemeinen bergmännischen Angelegenheiten zusammenwirkenden Bergarbeiterorganisationen (alter Verband, Polen, Girsch-Dunder) hätten sich einfach lächerlich gemacht, wenn sie nicht mit mindestens demselben Mißtrauen dem „Lohnversprechen“ begegnet wären. Bereits am 12. Oktober 1911 hatte auf Einladung des Girsch-Dunder'schen Gewerkschaftsvorstandes eine Vorstandskonferenz wegen der Lohnfrage stattgefunden, an der auch Vertreter des Zentrumsgewerkvereins teilnahmen. Damals wurde ein aktives Vorgehen vertagt. Auf die interessantesten Gründe kommen wir noch zurück. Die Einladung zu einer Vorstandskonferenz für den 3. Februar beantwortete der Vorstand des Zentrumsgewerkvereins mit dem Ersuchen, sie einige Tage hinauszuschieben! Und just am 2. Februar, nachdem die Vorstandskonferenz auf den 5. einberufen war, erschien das berühmte „Lohnversprechen“ in der „Rh.-Westf. Ztg.“! Unter Berufung auf diese Zeitungsmeldung erklärten die Zentrumsgewerkschaftsvertreter in der Vorstandskonferenz am 5. Februar, sie vertrauten auf die Erfüllung des Lohnversprechens und lehnten deshalb eine gemeinsame Aktion zwecks Regelung der Lohnfrage in einem der Arbeiterschaft zuträglichen Sinne ab!

füllung des Lohnversprechens und lehnten deshalb eine gemeinsame Aktion zwecks Regelung der Lohnfrage in einem der Arbeiterschaft zuträglichen Sinne ab!

Darauf haben die drei anderen Organisationsvorstände unterm 6. Februar an die Sechsenbesitzerorganisationen eine Eingabe gerichtet, worin zunächst auf die schwierige wirtschaftliche Lage der großen Bergarbeitermasse infolge der seit 1907 erlittenen großen Lohnverluste und die seitdem eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung verwiesen wird. Gätten doch im Ruhrgebiet, nach eigener Angabe des Pressebureaus der Sechsenbesitzer, 1908/09 auf tausend Mann Belegschaft 850, im Jahre 1909/10 aber 1400 Lohnbeschlägnahmen (wegen rückständiger Steuern, Warenschulden usw.) stattgefunden! Die drei Vorstände ersuchten deshalb um eine Lohnerhöhung, die den Lohn auf den Stand vom Ende 1907 plus eines Zuschlags zwecks Ausgleich der inzwischen eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung bringt. Zur Begründung wird in der Eingabe angeführt, daß laut Preisliste der Krupp'schen Konsumanstalt die Preise von 38 der meistverkauften Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel von 1907 bis 1910 um 14 Proz. gestiegen seien! Danach müsse auch die notwendige Lohnerhöhung bemessen werden.

Die Eingabe der drei Verbandsvorstände beurteilt also die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiterschaft, das Verhältnis zwischen Nominallohn und Reallohn, im Sinne des oben abgedruckten Artikels der „Kölnischen Volkszeitung“. Diese aber kann sich berufen auf die Petition (datiert 16. Oktober 1911) des Vorstandes des Zentrumsgewerkvereins an die Reichsregierung in Sachen der Lebensmittelsteuerung, die „ganz besonders für die Bergarbeiter und ihre Familien“ drückend sei! In seinem Jahresrückblick klagte der „Bergknappe“ (Nr. 1, 1912), Organ des Zentrumsgewerkvereins, sehr beweglich über die „niedrigen Löhne“, die Bergarbeiterlage sei durch „eine außerordentliche Teuerung (!) noch verschlechtert“ worden, so daß die „Zahlungsfähigkeit der Bergleute in recht ungünstiger Weise“ beeinflusst wurde! Ferner konstatierte der Bergknappenredakteur Imbusch im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ (Nr. vom 23. Dezember 1911): „Die Ruhrbergleute hatten in den drei Jahren 1908, 1909 und 1910 gegen 1907 einen Mindere Verdienst von 152 372 048 Mark!“ Die Verechtigung der von den drei Verbandsvorständen eingeleiteten Lohnbewegung wird demnach auch von der Seite zugegeben, die sich nicht nur gegenüber einer gemeinschaftlichen Aktion ablehnend verhält, sondern sich nun sogar direkt auf die Unternehmensebene verlagert! Dieser Aufruf hat natürlich im Unternehmerrlager helle Freude erweckt, der von den Werkstätten ausgehaltene gelbe „Werkverein“ (Nr. vom 16. Februar) jubelt laut über die Aufforderung der Zentrumsgewerkschaftsleitung:

„Das sind gesunde gelbe Gedanken, denen wir lediglich beipflichten können!“

Dieser Jubel des Gelbenorgans erhebt blühartig die von der Zentrumsgewerkschaftsleitung eingenommene Stellung. Der „Werkverein“ reklamiert den Zentrumsgewerkverein für die gelbe Bewegung!

Das Organ der Industriejuden, die „Rh.-Westf. Ztg.“, konnte bereits am 14. Februar den Aufruf des Zentrums-gewerkvereins ankündigen! Und auf die Eingabe der drei Verbandsvorstände erfolgte denn prompt die ablehnende Antwort, die von uns bereits in Nummer 42 mitgeteilt wurde.

Somit wird die Unrichtigkeit der Zeitungsmeldung von angeblich die Lohnfrage betreffenden „Ermahnungen der Sechsenorganisationen“ auch offiziell bestätigt. Es hat sich nur um einen Bluff gehandelt, der der Zentrumsgewerkschaftsleitung den erwünschten Vorwand abgab, hohes „Vertrauen zu dem Wohlwollen der Arbeitgeber“ zu mimen und sich zum „gesunden gelben Gedanken“ zu bekennen.

Kindereien.

Wir sind bereit, Herrn Dr. Schiffer alles zu glauben nur nicht seine Raibität. Die Stellung der Sozialdemokratie zur sogenannten Hofgängererei ist nicht erst seit heute so klar wie möglich: Wir lehnen es ab, andere als die in den Gesetzen vorgeschriebenen Handlungen gegenüber einem Monarchen zu erfüllen. Zum Ueberflus ist diese Stellungnahme von der sozialdemokratischen Fraktion noch einmal offiziell festgelegt und den anderen Fraktionen mitgeteilt worden, daß wir andere als die staatsrechtlichen Bedingungen nicht erfüllen werden. Herr Schiffer aber will partout der Ueberzeugung sein, daß in den Verhandlungen gerade von Bebel — weitere Zugeständnisse gemacht worden wären. Herr Schiffer hat da den schwierigen Fall konstruiert, was geschehen solle, wenn der Präsident (und offenbar doch wohl auch der zweite Vizepräsident) erkrankt wäre und gerade das Kaiserhoch fällig sei. Und er will absolut nicht verstehen, daß Bebel bei der Erörterung dieser hochwichtigen Frage nicht schrecklich ernst geblieben, daß er diese politische Spitalfrage noch vertieft durch die Aufwerfung der Möglichkeit einer Darmverschlingung, in deren Schlingen das „Hoch“ ersterben würde.

Rein, Herr Schiffer war es wirklich ernst. Er wollte durchaus die Wahl des Sozialdemokraten, und nur ein ganz klein wenig wollte er uns abhandeln. So lange der Präsident gesund war, sollten es auch unsere Prinzipien bleiben, nur der Ansichtungsgefahr sollten wir sie nicht entziehen. Man muß sagen, für einen Reaktionär wie Herrn Schiffer waren es eigentlich sehr mäßige Bedingungen. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist auch sehr unzufrieden, und setzt dem national-liberalen Handelsmann auseinander:

Wir möchten nochmals mit aller Schärfe und Bestimmtheit hervorheben, daß es auf die sogenannten höfischen Verpflichtungen gar nicht ankommt und gar nicht ankommen kann. Ob der sozialdemokratische Präsidenschafts-kandidat sich bereit erklärt, die geschäftsordnungsmäßigen oder die sonst üblichen Verpflichtungen zu erfüllen, das tut nichts zur Sache. Er ist und bleibt unter allen Umständen ein Gegner der monarchischen Verfassung. Als solcher kann er die erwähnten Verpflichtungen nicht übernehmen. Der Hoch, mit dem die Abgg. Bebel und Haase die Angelegenheit behandelten, ist ungemein bezeichnend und überaus beschämend für die Parteien, die einen Genossen auf den Stuhl des Vizepräsidenten mit geschoben haben. Die Sozialdemokratie hat keinen Augenblick daran gedacht, dem von ihr gewählten Vizepräsidenten die Erfüllung irgend welcher höfischen Pflichten aufzuerlegen. Wenn sie es aber getan hätte, so würde die Sache dadurch nur noch schlimmer. Wenn ein erklärter Feind der Monarchie, wenn ein Anhänger der Republik zum Kaiser geben wollte, wenn er dadurch eine gewisse Anerkennung der monarchischen Verfassung und Regierung bekundete, wenn er wirklich sich unterfangen sollte, ein Hoch auf den Träger der Krone auszubringen, so wäre das die unwürdigste Heuchelei, die man sich denken könnte, und deren wir wenigstens die Sozialdemokratie nicht für fähig erachten möchte. Die Nationalliberalen scheinen über diesen Punkt anders gedacht zu haben; sie scheinen demnach die Ehrlichkeit der Sozialdemokratie niedriger eingeschätzt zu haben als wir. Daß sie nach ihrer, wenn auch irrigen Meinung eine solche Möglichkeit herbeiführten, dafür fehlt uns jedes Verständnis und jeder parlamentarische Ausdruck. National ist das nicht.

Herr Schiffer sitzt also wieder mal zwischen zwei Stühlen. Und das ist recht so. Denn indem er der Sozialdemokratie, statt ihren Rechtsanspruch anzuerkennen, Bedingungen stellen will, übernimmt er ja damit zugleich eine gewisse Verantwortung für die sozialdemokratische Stellungnahme. Das ist eben der Grundfehler all' dieser nationalliberalen Schlaufköpfe: statt ehrlich zu erklären, wir können die Sozialdemokratie nicht ausschalten, weil wir uns damit zugleich zu Dörigen der Konserverbuben und Merikalen machen, möchten sie zugleich uns Bedingungen diktieren und doch wieder unsere Macht für ihre Politik in Anspruch nehmen. Das ist eine Politik, die den Liberalismus bisher immer tiefer in den Sumpf hineingetrieben hat und ihn auch in Zukunft wieder zum Spielball der Junker und Merikalen machen muß.

Das weiß Herr Schiffer wenigstens so gut wie wir und will es auch. Für ihn ist das „Mißverständnis“ nur der Vorwand, um seine Partei zu den Schwarzblauen zurückzutreiben. Aber die Herren, die ihm folgen, brauchen sich keinen Moment lang einzubilden, daß die Öffentlichkeit dies Spiel nicht durchschaut. Wenn die Nationalliberalen Herrn Schiffer auf den Leim gehen, so spielen sie das Spiel der Rechten und werden auch so gewertet werden.

Herr Gothein über „freilinnige Wahllügen“.

Zu den Ausführungen des Abgeordneten Gothein über die Stellung der Sozialdemokratie zum Endziel schreibt uns ein Parteigenosse, der den Wahlkampf in Neuborpmern, wo Herr Gothein gewählt wurde, mitgemacht hat:

Nach dem Vorwärtsericht hat Herr Gothein in seiner Staatsrede gesagt: „Nun ist es im Wahlkampf passiert, daß eine sozialdemokratische Lokalgröße erklärte, die Partei wolle ja gar nicht die Verstaatlichung der Produktionsmittel, das sei nur eine freilinnige Wahllüge. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich hab' es Ihnen ja erzählt, Herr Bebel, und Sie sagten: Solch Schafskopf kennt sein eigenes Programm nicht.“ Der Widerspruch der Sozialdemokraten ist aus diesem Verichte ebenjowenig klar verständlich wie die berichtete Aeußerung des Genossen Bebel, der ganz gewiß nicht gefagt haben kann, daß „die Verstaatlichung der Produktionsmittel“ das Ziel der Sozialdemokratie sei. Ich weiß nicht, wer die „sozialdemokratische Lokalgröße“ ist, weiß aber, daß jeder sozialdemokratische Redner in jenem Bezirk alle Veranlassung gehabt hat, die wirklichen Ziele der Partei gegenüber solchen „freilinnigen Wahllügen“, die auch unter Zitierung der Richter'schen „Zukunftsbilder“ von konservativer Seite vertrieben wurden, klarzustellen. Hören wir, was von freilinniger Seite verbreitet wurde:

Zu einem vom Pommer'schen Provinzialverband der Fortschrittlichen Volkspartei herausgegebenen, im Verlag des „Tageblatts für Borpmern“ (Herrn Gothein's Organ) erschienenen „Mahnwort und Bedruf an die landwirtschaftlichen Arbeiter“, der mancherlei Zutreffendes über die Sünden der Agrarier und die Rechtlosigkeit der Landarbeiter enthält, heißt es von der Sozialdemokratie nach den bekannten Titeln von der „unfruchtbaren, reinen Verneinung gegenüber den nationalen Notwendigkeiten“, der „internationalen Republik“, demgegenüber die Landarbeiter „gawiß gute Deutsche bleiben und in Treue festhalten am lieben deutschen Vaterlande, am angestammten Fürstenhause“. Ferner will die Sozialdemokratie, die sich selbst nicht genug als die „Arbeiter-

Partei" können kann, letzten Endes die Verstaatlichung der Produktionsmittel, d. h. nichts anderes: sie will den Eigenbesitz an Haus und Hof, das Privateigentum an Grund und Boden befestigen. Im sozialistischen Staat kann keiner von Euch eine eigene Scholle Landes seinen Kindern erwerben oder sie veräußern: alles, selbst das Arbeits- und Ackergerät, soll dem Staat gehören."

In einem fortschrittlichen Wahlflugblatt zugunsten des Kandidaten für Straßburg-Nügen, Herrn Pastors Dehn, hieß es: „Sie wollen das Eigentum an Grund und Boden, an Haus und Hof, an Vieh und Gefährte, an Handwerkszeug, Ackergerät und Maschinen abschaffen. Alles soll allein dem Staat gehören.“ Weiter in einer liberalen Wahlzeitung desselben Kreises: „Will die Sozialdemokratie dem Arbeiter helfen? Nein! Sie will nur eine hilflose Masse, der das Wasser bis zur Kehle reicht und die in ihrer Verzweiflung blind und zu allem fähig ist.“ Schließlich noch ein Zitat aus dem „Tageblatt für Vorposten“ in einem Artikel: Die Wähler, die Häusler und die Sozialdemokratie. Da heißt es u. a.: „Deshalb muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß unter „Produktionsmitteln“ nicht bloß die Fabrik und der Großgrundbesitz, sondern ebenso gut auch die Werkstatt und der Grund und Boden der Häusler und Wähler zu verstehen ist. Aber nicht das allein, ebenso gut wie die Maschinen ist auch alles Arbeitsgerät, Hammer, Hobel, Pflug und Wagen, Spaten, Schaufeln, Forken, Karren usw. zu verstehen. Alles dieses gehört im Zukunftsstaate nicht den Arbeitern und den Kleinbesitzern, sondern dem alles in Beschlag nehmenden Staate oder der Gesellschaft oder der Genossenschaft oder wie man sonst sagen will. Genau genommen sind auch die Stiefel, die Hosen, die Mäde und die Hüten zu den Produktionsmitteln zu rechnen. . . . Besonders gehören aber auch die Nahrungsmittel, also Brot, Kartoffeln, Fleisch usw., zu den Produktionsmitteln.“ Selbst vom Sonntagsgang und dergleichen wird es als höchst zweifelhaft bezeichnet, ob sie nicht auch Staats-eigentum werden sollen.

In demselben Artikel heißt es: „Diese sozialdemokratischen Autoritäten sagen: wenn wir nur erst den großen und den mittleren Grundbesitz in gemeinschaftliche Bewirtschaftung übernommen haben, so werden wir den Kleinbesitzern eine so scharfe Konkurrenz machen, daß sie nicht bestehen können. Wir werden die Kleinbesitzer „aushungern“.“

Demgegenüber halte man, was Sozialdemokraten wie Kautsky (auf den sich dieser Artikel ausdrücklich bezieht) in Wahrheit gesagt haben. In der „Agrarfrage“ heißt es (S. 443): „Ein sozialistisches Regime wird, schon im Interesse der Volksernährung, die Lage der Landwirte so vorteilhaft als möglich zu gestalten suchen müssen. . . . Die Sozialdemokratie wird dem Landmann, anstatt ihn zu expropriieren, die vollkommensten Produktionsmittel zur Verfügung stellen, die ihm in der kapitalistischen Welt völlig unzugänglich sind. . . . Angefichts alles dessen ist es geradezu undenkbar, daß man die Methode gewalttätiger Enteignung wählen wird, um der Bauernschaft die Vorteile vollkommenerer Betriebsweisen beizubringen. Sollte es aber dann noch Zwänge der Landwirtschaft oder Gegenden geben, in denen der Kleinbetrieb vorteilhafter als der Großbetrieb, so liegt nicht der mindeste Grund vor, sie einer Schablone zuliebe dem Großbetrieb zuzuführen. . . . Ob der Grund und Boden, den sie bebauen, privater oder staatlicher ist, dürfte ziemlich gleichgültig sein.“

Derselbe in der Abhandlung „Am Tage nach der sozialen Revolution“ S. 22/23: „Es ist nicht anzunehmen, daß alle privaten Kleinbetriebe verschwinden werden, vor allem nicht in der Landwirtschaft. Wohl werden jene Landwirtschaftsbetriebe, die heute schon zu kapitalistischen Betrieben geworden sind, am Lohnsystem scheitern und zu Staats-, Gemeinde- oder Genossenschaftsbetrieben werden. Daneben werden auch viele unserer heutigen kleinen Porenbauern ihre Erteilung aufgeben und als Arbeiter in die industriellen oder landwirtschaftlichen Großbetriebe gehen, die ihnen ein ausreichendes Dasein sichern. Aber man darf annehmen, daß immerhin Bauern genug übrig bleiben, die mit ihren eigenen Familienmitgliedern oder mit höchstens einem Knecht oder einer Magd, die man mit zur Familie rechnet, ihren kleinen Betrieb weiterführen. Bei der heutigen konföderativen Natur des Bauern ist es höchst wahrscheinlich, daß eine Reihe derselben in der üblichen Weise weiter wirtschaften wollen. Die proletarische Staatsgewalt wird auch gar keine Neigung haben, denartige kleine Betriebe zu übernehmen. Noch kein Sozialist, der ernsthaft zu nehmen ist, hat je verlangt, daß die Bauern expropriert oder gar ihre Güter konfiszieren werden sollen. Es wird wahrscheinlich jedem kleinen Bauern gestattet bleiben, so weiter zu wirtschaften, wie er das bisher getan hat. Der Bauer hat von einem sozialistischen Regime nichts zu fürchten. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß diese bäuerlichen Wirtschaften durch das neue Regime eine Stärkung erfahren werden.“ Worauf näher gezeigt wird, wie durch Befreiung des Miktarismus, Verstaatlichung der Schul-, Wege- und Armenlosten, der Hypotheken usw. und durch Maßnahmen zur Erhebung der Produktion auch der landwirtschaftliche Kleinbesitzer gefördert wird.

Ist es nach diesen Feststellungen eine Verleugnung unserer Endziele, wenn unsere Redner hervorheben, daß unser Programm nur von der Bergeshöhe (nicht „Verstaatlichung“) — es gibt außer dem Staat auch Gemeinden und Gemeindeverbände, Produktions- und Konsumgenossenschaften, die alle gesellschaftliche Betriebsweisen darstellen) des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln (die Herren pflegten der Einfachheit halber gleich von der Verstaatlichung des „Eigentums“ zu reden) spricht? Und ist es danach unbedeutend, von „freiständigen Wahlkugeln“ zu sprechen, wenn solche landläufigen Tatsachen immer und immer wieder falsch dargestellt werden? Oder sollte es sich wirklich nur um Unwissenheit handeln? Sollte Herr Gothein, den der „Vorwärts“ den besten Volkswirtschaftler der Fortschrittler nennt, bei seinen wirtschaftlichen Studien noch keine Zeit gefunden haben, sich mit den wirklichen Zielen der Bewegung zu befassen, deren Bekämpfung dem hohen Pferde der Randhüterlehre herab doch recht zu den Spezialitäten unserer liberalen Theoretiker gehört? Dann begreift es sich, wenn er ausdrücklich erklärt hat, daß er zur Bekämpfung jenes Endzieles sich auch mit Konservativen und Zentrum verbünden werde. Weniger aber, daß ein führender Politiker zur Bekämpfung einer Gesellschaftslehre, die heute von vielen Millionen in allen Kulturländern anerkannt wird, sich auf den Abhub der Weidwelt beschränkt, die schon vor einem halben Jahrhundert der Sport denkender Männer der Wissenschaft gewesen ist.

Das monarchische Gefühl der deutschen Zentrumspartei.

Der zurzeit dem neuen elsass-lothringischen Landtage vorliegende Landeshaushaltsetat für 1912 enthält u. a. einen Ausgabenposten von 180 000 M. für den Dispositionsfonds des kaiserlichen Statthalters. Die Summe war selber sogar 200 000 M. hoch; sie ist vom vertriebenen Landeskanzler auf 180 000 M. herab-

gesetzt worden, an welcher Summe die Regierung jetzt für 1912 festhält. Die Sozialdemokratie ist natürlich gegen diesen Dispositionsfonds, erstens weil solche Fonds ein Mittel der Korruption in der Hand der Regierenden sind und eine republikanische Partei prinzipiell keinen Anlaß sieht, die Position der Monarchie durch Bewilligung solcher Mittel noch künstlich zu stärken, zweitens weil sich schon bei der ersten flüchtigen Rechnungsprüfung im neuen Landtage herausgestellt hat, daß das Geld wirklich in der einseitigsten Weise gegen die organisierte Arbeiterklasse Verwendung findet. Nun wäre den Herren vom elsass-lothringischen Zentrum diese Verwendung wohl recht, denn auch katholische Vereine erhielten aus diesem Fonds gelegentlich Zuschüsse; aber durch das neuerliche Lieblingen mit dem einheimischen Nationalismus und die zunehmend scharfe Betonung des Partikularismus gerieten die braven elsassischen und lothringischen Zentrumdemagogen allmählich in immer schärferen Gegensatz zur Regierung. Jetzt sind sie so weit, daß sie sich bei der Etatsberatung stellenweise ganz rabiat gebärden und die Sozialdemokraten an Radikalismus zu übertrumpfen suchen.

Schon in der Generaldebatte zum Etat im Plenum der Zweiten elsass-lothringischen Kammer kündigte der Führer der Zentrumskraktion, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Gauß, der ein wenig erkantener Regierung an, daß die Zentrumskraktion des Landtages kein Finanzgesetz zustimmend verabschieden werde, das nicht auch die Zustimmung der Sozialdemokraten erhält. Die Ankündigung ging so weit, daß man an ihrem vollen Ernstes gelände zweifeln darf, denn die Sozialdemokratie wird, wie sie bei derselben Gelegenheit erklärte, dieser Regierung auf alle Fälle das Budget verweigern. Wer in dessen gläubte, das Zentrum werde alsbald zur Einsicht kommen, daß es sich hierbei etwas zu weit vorgewagt hat, trat sich: in der Budgetkommission der Zweiten Kammer hat seitdem derselbe Abgeordnete Gauß die Drohung ausgesprochen, er werde, wenn es mit dem „Fischweien in der Forstverwaltung“ so weiter geht, in seiner Fraktion dahin wirken, daß sie den ganzen Forstetat ablehnt. Und in derselben Sitzung ging man fröhlich zu Taten über, indem die Zentrumabgeordneten mit den Sozialdemokraten und vereinzelt Stimmen der Liberalen und des Lothringer Blocks — eine Dreiviertelmehrheit der Budgetkommission — erstens eine Resolution annahmen, die von der Regierung die alsbaldige Verpachtung der „sämtlichen noch administrierten Jagden“ (Jagdreviere, die den Oberförstern, d. h. den Herren von der Regierung noch überlassen sind) fordert und indem man in einer zweiten Resolution von der Regierung verlangt, auch die sogenannte Kaiserjagd bei Oberhaslach (Unterelsaß) zu verpachten, ein mit Eisengatter eingefachtes größeres Jagdrevier mit schönem Rotwildreichum. All die beweglichen Ausführungen des Herrn Unterstaatssekretärs Köhler und des Herrn Landratsmeisters Witz, die geltend machten, daß der Beschluß an allerhöchster Stelle „politisch mißverstanden“ werden könnte und daß er mindestens als „Akt der Unfreundlichkeit“ aufgefaßt werden müßte, halfen nichts. Die Zentrumredner erklärten trocken, daß sie gegen jede politische Deutung ihres Vorgehens Verwahrung einlegten, daß für sie nur rein praktische Erwägungen maßgebend seien und daß sie in diesem Sinne besonders darauf aufmerksam machten, daß der Kaiser persönlich von dieser sogenannten Kaiserjagd noch niemals Gebrauch gemacht habe und daß „nur der Kronprinz“ einmal kurz darin jagte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sprachen sich für die Verpachtung aus, weil sie in dem jetzigen Zustand ein durch nichts gerechtfertigtes Privilegium sahen, dessen Aufhebung sie als Republikaner fordern.

Und nun kommt, um des monarchische Unbehagen über die rüchigen Zentrumshäse in Elsaß-Lothringen vollzumachen, das Colmarer Zentrumblatt, der „Elsässer Kurier“, und verlangt kurz und bündig auch die Streichung des Dispositionsfonds des Statthalters durch die Zentrumskraktion des Landtages. Aus Mache natürlich, nicht etwa aus Prinzip: denn bei den letzten Landtagssitzungen habe man's erlebt, daß Beamte das Volk ausheulen gegen den Landeskanzler und gegen die Zentrumspartei, weil dem Statthalter solche Summen bewilligt worden seien zur freien Verfügung. Ein kaiserlicher Amtsrat und ein Volksschullehrer hätten das Volk aufgehetzt mit solchen Reden, und: „Das ist unerträglich. Dem muß ein Ende gemacht werden. Den liberalen Beamten muß dieser Stoff zur Hege aus den Händen genommen werden!“

Diese kleinen Daten über die Zentrumspychologie in Elsaß-Lothringen sind von doppeltem Interesse in diesen Tagen, wo das Reichstagszentrum — immer mit dem kleinen elsass-lothringischen Zentrumsschwänzen, nach welchem man sich allezeit die Finger leckt — eine Präsidentenreise beauftragt, um sein monarchisches Bewußtsein im Gegensatz zu den vernaledeiten Notizen in bengalischer Sprache zu lösen. Kein Zweifel, für die schwarzen Juntergenossen gilt immer noch ganz wie für die blaublättrigen selber der Wahlspruch:

„Und der König absolut,
Wenn er unsern Willen tut.“

Lut er ihn nicht, so hole ihn der Feuler! Dann verpackt man die Kaiserjagden und streicht den Dispositionsfonds des kaiserlichen Statthalters.

Uns kann's recht sein! Wir bleiben im Rahmen unserer Grundzüge!

Der Krieg.

Die bevorstehende Flottenaktion Italiens.

Rom, 21. Februar. Die Mailänder „Perseveranza“ veröffentlicht in ihrer gestrigen Abendausgabe eine Information, die auf eine baldige Flottenaktion Italiens schließen läßt. Die Information fällt zusammen mit den gestern abend hier verbreiteten Gerüchten, daß alle vor Tarent liegenden Schiffe der italienischen Kriegsflotte den Hafen mit unbekanntem Ziel verlassen hätten. Die „Perseveranza“ schreibt dazu: „Wie wir erfahren, wird in offiziellen Kreisen viel davon gesprochen, daß im Kriegsministerium augenblicklich eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet wird. Man weiß zwar noch nicht mit Bestimmtheit zu welchem Zweck, doch ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß die italienische Flottenleitung einen entscheidenden Schlag gegen die Türkei vorbereitet. Man ist in Regierungskreisen der Überzeugung, daß die augenblickliche internationale Lage für ein solches Vorhaben sehr günstig ist. Während man einerseits in Italien von der Notwendigkeit eines energischeren Vorgehens gegen die Türkei überzeugt ist, sind andererseits die großen Schwierigkeiten, die sich einem solchen bis jetzt in den Weg gestellt haben, geschwunden. Wir können uns im Augenblick natürlich nicht näher darüber äußern, glauben aber nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß sich noch vor der Parlamentsöffnung oder wenigstens bei derselben Dinge abspielen werden, die die öffentliche Meinung im höchsten Grade interessieren.“

Ein italienisches Dementi.

Rom, 21. Februar. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Das Neuterische Bureau hatte vor einigen Tagen gemeldet, daß 500

italienische Soldaten auf den Farosinseln im Roten Meer gelandet wären. Diese Nachricht ist durchaus unrichtig. Weder ein Soldat noch ein Matrose ist auf diesen Inseln oder an einer anderen Ortlichkeit der arabischen Küste des Roten Meeres ausgeschifft worden.

Die Revolution in China.

Die allgemeine Lage.

London, 21. Februar. Die „Times“ melden aus Peking vom 20. d. Mts.: Nach längerer Unterbrechung ist die telegraphische Verbindung mit Tschangting in der Provinz Szechuan wieder hergestellt. Die Berichte über die Lage in den inneren Provinzen lauten günstig. Dagegen herrschen in der Mandchurie noch Unruhen, namentlich bei Chardin, wo gestern in der Chinesenstadt Fudjadin ein Zusammenstoß zwischen kaiserlichen und revolutionären Truppen stattfand, die anscheinend von der Einigung noch nichts gehört hatten. Auch aus Palscha werden wiederholt Unruhen gemeldet.

Der Vizepräsident.

Nanking, 21. Februar. Zum Vizepräsidenten der Republik wurde von der Nationalversammlung einstimmig General Liuan-hung, der Kommandant der republikanischen Truppen von Sutchang, gewählt.

Die konstituierende Nationalversammlung.

Tientsin, 21. Februar. Juanshikai wird die konstituierende Nationalversammlung den ihm von befreundeter Seite unterbreiteter Vorschlag gemäß nach Tientsin einberufen. Der Präsident der Republik hat die Vertreter der Grobmächte in Peking gebeten, ihre beheimateten Regierungen um Entsendung von Vertretern zu den Sitzungen der Nationalversammlung zu ersuchen.

In Tientsin erhält sich mit Hartnäckigkeit das Gerücht, daß Peking in der kommenden Woche der Schachspiel erster Ausschreitungen sein wird. Juanshikai soll weitgehende Maßregeln getroffen haben, um die Ordnung und Ruhe um jeden Preis aufrecht zu erhalten.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 21. Februar 1912.

Teuerung.

Aus dem Reichstage, 21. Februar. Eine Kartoffel-debatte scheint nicht zu der steilen Höhe emporzuleiten, wo der Kampf um der Menschheit große Gegenstände ausgefochten wird. Franz Drakes Gewächs hat nun einmal einen Stich ins Tribüne und erinnert den naiven Betrachter zunächst an jenes Sprichwort von den dicksten seiner Gattung, deren Ruhm nicht gerade jetzt, im Zeichen der Landwirtschaft in Berlin ruhelose umherschwärmen. Aber gleichwohl war es eine bitterste Sache, die gestern im Parlament verhandelt wurde und heute weiter verhandelt werden wird. Es geht um nichts Geringeres als darum, daß dem Volke eines seiner Hauptnahrungsmittel nach der Preisausschreibung des Fleisches und Brotes nicht auch noch von strapellosem Profitjägern agrarischer Couleur mehr und mehr veräußert wird, und daß für Deutschlands Massen, im Gegensatz zu Frankreich und England, die Kartoffel, die dort nur ein Surrogat ist, ein Hauptnahrungsmittel bildet, ist an sich schon ein beschämend trauriges Zeichen für den kulturellen Tiefstand des herrlichen Deutschen Reiches.

Die Interpellation der Fortschrittler, die eine vorläufige Aufhebung der Futtermittelzölle auf Mais und Gerste und eine Suspendierung des Kartoffelzölles bis zum 1. Mai vorschlägt, begründete Dr. Wendorff. In geschäftiger Weise, gestützt auf ein ansprechend gruppiertes Zahlenmaterial, behandelte er die Materie sowohl vom steuerpolitischen Standpunkt wie auch auf ihre Bedeutung für die Volksernährung hin. Besonders tat er dar, wie durch die agrarische Jollpolitik auch der Mittelstand und der kleine Bauer schwer geschädigt werde. Die sozialdemokratische Interpellation ging weiter und verlangte in Bausch und Bogen die Aufhebung der Futtermittelzölle und des Kartoffelzölles. Des Genossen Volk Rede bildete eine wirkungsvolle Ergänzung zu den Ausführungen des Fortschrittlers; wie Zähne und Läden zweier Zahnräder griffen sie ineinander. Genosse Volk wies darauf hin, daß der Kartoffelzoll in seinen verderblichen Wirkungen das Maß der allgemeinen Teuerung voll mache und daß er zugunsten unerfährlicher Agrarier eine — leider! — wichtige Nahrungsquelle des Volkes verschütte.

Was vor acht Tagen der Staatssekretär Bermuth in der Frage des Kartoffelzölles angekündigt hatte, bestatigte jetzt sein Kollege Delbrück: die Regierung ist bereit, bis zum 1. Mai den Kartoffelzoll zu suspendieren. Doch was die Futtermittelzölle angeht — hier wurde der Staatssekretär einmenschgenordenes: Aber! Aber! und kam nach einigen Wendungen und Drehungen, in denen er den Tatbestand der Teuerung wohl oder übel zugeben mußte, zu dem Ergebnis, daß an eine Aufhebung der Futtermittelzölle nicht zu denken sei. Solange die Regierung am Rastener des Agrarierums trotzt, wird sie eben, selbst wider ihre eigenen Ueberzeugungen, nicht von dem Wege abweichen können, den ihr die Junker weisen.

Die drei Redner des schwarzblauen Blocks, der Zentrumsmann Herold, der Konservativ Ernststadt und der Reichsparteier Stubendorff hieben so ziemlich in dieselbe Kerbe, daß nämlich die Teuerung — natürlich! — mit unserer „bewährten jollpolitischen Befehlsgebung“ nichts zu tun habe, nur daß der Zentrumsmann noch mit der Aufhebung des Kartoffelzölles einverstanden war, während der Konservativ mit bedenklich gefuchter Säure selbst in dieser ach! so bescheidenen Maßregel eine Durchlöcherung des „Wirtschaftslehrganges“ sah. Dann kam Herr Bamhoff. Wenn man betont, daß er sich allemal um die eigene Achse drehte, bis er selbst nicht mehr wissen konnte, wo er stand und was er wollte, so erhellt daraus, daß dieser Herr die nationalliberale Partei vertrat. Was an Positivem sich aus dem kranken Gang seiner Sätze entnehmen ließ, war das feldliche Bekenntnis zur Bucherzollpolitik.

Nachdem noch zwei Herren von kleineren Fraktionen, der Pole Grabski und der Elässer Will, ihren Standpunkt dargelegt, vererbte die Debatte.

Heute Fortsetzung in der Besprechung und Interpellationen.

Abgeordnetenhause.

Die Erörterung des Justizetats begann heute vor fast leeren Bänken. Die Debatte bewegte sich auf einem ziemlich niedrigen Niveau. Die alten Klagen über die Konkurrenz, welche die Gefängnisarbeit den kleinen Gewerbetreibenden macht, wurden, wie alljährlich, wieder vorgebracht. Genosse Liebknecht vertrat mit Nachdruck die Ansicht unserer

Partei, wonach die Arbeit den Gefangenen eben doch etwas beibringen soll, was sie nach der Entlassung gebrauchen können, um sich wieder ehrlich zu ernähren. Es darf also nicht eine Arbeit sein, die nur im Gefängnis gemacht wird; sondern im Gegenteil, es muß eine solche sein, die auch freie Gewerbe betreiben. Dann ist es aber unmöglich, eine konkurrenzlose Arbeit auszuwählen. Nur sollen die Gefängnisse der freien Arbeit keine Schmutzkonkurrenz machen. Dafür gab aber Genosse Liebnicht einen anderen wertvollen Fingerzeig. Bis jetzt gilt es als Grundsatz, daß in den Gefängnissen keine Maschinen verwendet werden. Infolgedessen gibt es dort nur Handarbeit, und die macht natürlich gerade den Kleinen Leuten, Handwerkern wie Gewerbetreibenden, Konkurrenz. Statt dessen empfahl unser Redner die Einrichtung von Großbetrieben in den Gefängnissen. Dadurch würde erstens die Konkurrenz auf die großkapitalistischen Kreise abgelenkt, die sie leichter ertragen können; sodann aber würde der Sträfling die hierdurch ermorbenen Kenntnisse und Fähigkeiten viel leichter im Leben verwerten können, weil er naturgemäß im Großbetrieb viel leichter eine Stelle findet, als im Handwerk. — Ein Regierungskommissar hatte schon vorher mitgeteilt, daß die Gefängnisverwaltung dazu übergegangen sei, die Altmaterialien der Armee durch Gefangene sortieren zu lassen.

Im übrigen kamen fast nur Wünsche und Beschwerden einzelner Gerichte und Beamtenkategorien zur Sprache. Auf einige Beschwerden des polnischen Redners, die hauptsächlich Uebergriffe der Justiz gegen polnisch sprechende Angeklagte und Zeugen betrafen, antwortete der Minister Befeler in schroff ablehnender, fast verletzender Weise.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages

hielt am Mittwochabend eine Sitzung ab. Es wurde mitgeteilt, daß die Fraktion für die Kommissionen, die 7 Mitglieder stark sind, 2 Vertreter, bei 14 Mitgliedern 4 Vertreter, bei 21 Mitgliedern 6 Vertreter und bei 28 Mitgliedern 8 Vertreter erhalten wird.

In die Budgetkommission delegierte die Fraktion folgende Genossen: Ledebour, Lenck, Roske, Südekum, Schöpflin, Rob. Schmidt, Reihhaus und Schulz. Als Mitglieder für die Petitionskommission wurden bestimmt: Schwarz, Sachs, Weis, Ziehe, Siebel, König, Pech und Spiegel. In die Geschäftsordnungscommission wurden delegiert: Haase, David, Geier, Frank, Hofmann-Saalfeld und Ebert; in die Wahlprüfungscommission: Fischer-Berlin, Stüdlin, Stadnauer und Stadthagen; in die Rechnungscommission: Barm, Cuara, Roske und Klöße. — Für den Vorsitz in der Geschäftsordnungscommission, der der Sozialdemokratie zusteht, wurde Genosse Haase bestimmt, als stellvertretender Vorsitzender der Budgetkommission Genosse Südekum.

Der Bund der legendären Dreihunderttausend.

Wenn schon im Sportpalast am vergangenen Montag Alerstimmung herrschte, in einem sind die Leute wie immer die alten geblieben: im Ausschneiden. Worte kosten nichts! Das war die Parole, und deswegen kam es auf ganze Hände voll mehr oder weniger schöner Redensarten nicht an. Eigentlich ist nur, daß da, wo der Bund der Landwirte seine Stärke und seine wachsende Macht wirklich zeigen kann, in den Mitgliederziffern und den Beitragseinnahmen, trotz dreifährigem ununterbrochenen Redeflusse, jede auch nur geringste Andeutung völlig fehlt.

Im Geschäftsbericht finden sich einige schwache Bemerkungen über den Organisationsumfang. „Die Mitgliederzahl ist in stetigem Steigen geblieben und hat seit der vorigen Generalversammlung um Tausende zugenommen. Durch den Tod sind, soweit es festzustellen war, 1767 Mitglieder ausgeschieden.“ Das ist alles!

Im Geschäftsjahre 1910 hat der Bund der Landwirte nach seinen eigenen Mitteilungen 10 840 Versammlungen abgehalten und 11 000 Mitglieder gewonnen. In jeder Versammlung gerade rund einen! Das Wahlfahr brachte 18 892 Wählerversammlungen, davon waren 9487 reine Wählerversammlungen, die Mitgliederzunahme betrug nur „Tausende“! Schon das Verschweigen des Mitgliederzuwachses beweist, daß das Wachstum nicht einmal im Maße von 1910 vor sich gegangen ist. Dazu kommt aber auch, daß in den agrarischen Geschäftsberichten die Austritte nicht verzeichnet werden, mit Ausnahme der durch Tod verursachten.

Eine andere Möglichkeit, die Bundesmitgliederziffer festzustellen, ergibt sich in der Auflageziffer des wöchentlich erscheinenden Bundesorgans. Die Auflage dieser Zeitung, die allen Mitgliedern unentgeltlich zugestellt wird, betrug im Jahresdurchschnitt 1910 233 000 Exemplare. Im jüngstabgeschlossenen Geschäftsjahre ist die Ziffer auf 241 000 Exemplare gestiegen. Dies war ein Plus, das naturgemäß nur zum Teil einem entsprechenden Mitgliederzuwachs entspricht.

Die Auflage der provinzialen, von Landesorganisationen herausgegebenen Wochenblätter, die 1910 rund 100 000 betrug, ist diesmal mit 91 000 angegeben.

Alles in allem, an einen nach „Tausenden“ zählenden Zuwachs an Mitgliedern erinnert das alles gerade noch nicht allzusehr.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß die händlerische Werbemethode mittels der auf Diäten und Prämien gestellten Agitatoren einen skrupellosen Mitgliederfang bedingt. Prominente Vorstehende der Kreisorganisationen und deren Stellvertreter sind mitunter schon so gewöhnt worden, daß sie mit der Mitteilung von ihrer Wahl zugleich ein Geschenk erhielten, in dem ihnen höchst schmeicheltastig nahegelegt wurde, nun rasch — Mitglied des Bundes zu werden!

Den eigentlichen Mitgliederfang charakterisierte der Führer des bayerischen Bauernbundes, Anton Memminger, einmal in seinem Wlatte wie folgt:

„Aus dem Schreiben — Anstellungsvertrag des Bundes mit einem seiner Agenten — ergibt sich, daß die Bundesleitung von ihren Agenten Ueberzeugung und Charakter nicht verlangt. ... Was aber noch mehr in die Augen springt, ist das rein Geschäftliche des Abkommens. Es kommt namentlich darauf an, neue Mitglieder zu werben, wird ohne Umschweife gesagt. Wenn der Agent eine genügende Anzahl neuer Mitglieder erhält, so wird sein Diätensatz erhöht, auch nicht ihm ein festes Gehalt. Genau so machen es gewisse Versicherungsgesellschaften. ... Wie können beispielsweise ein Schreiben einer Viehversicherungs-gesellschaft entgegenstellen, worin den eventuell anzustellenden Agenten fast die gleichen Bedingungen gestellt werden, mit dem Unterschiede freilich, daß hier die feste Anstellung von dem aufgenommenen Kandidaten abhängig gemacht wird.“

Im demokratischen „Freien Volk“ erzählte vor einiger Zeit ein früherer Bundesagitator, daß die einzelnen Agenten in kurzen Zwischenräumen vorgegebene Fragebogen ausgefüllt an die Zentrale schicken müßten, in denen sich unter anderem folgende schöne Fragen finden:

1. Angabe von zuverlässigen Bundesmitgliedern.
2. Angabe von heimlichen Gegnern.
3. Angabe von offenen Gegnern.

Es handelt sich also hier um eine Art Bundespolizeilicher Führungsliste aller deutscher Bauern. Zur lückenlosen Auffüllung dieser Sammlung dienen die auf Diäten und im günstigen Falle auch fest angestellten Agenten.

Und trotzdem wagt es der Bund der Landwirte nicht, seine Mitgliederziffer, geschweige denn seine Finanzgebahrung zu veröffentlichen — trübe Zeichen bei den Machern der Bewegung all der von Kar und Palm.

Die Konservativen und der Kartoffelzoll.

Die „Konservative Korrespondenz“ beschwört in dem Augenblick, da im Reichstage die Interpellation über den Kartoffelzoll verhandelt wird, noch einmal alle bösen Geister, sie vor der Aufhebung des Kartoffelzoll zu bewahren. Daß die Agrarier nicht für Aufhebung des Zolles schwärmen, ist erklärlich, sie sollten aber in der Verteidigung ihrer Zollprivilegien wenigstens nicht zum plumpsten Schwindel greifen. Die „Konservative Korrespondenz“ hat den Mut, von „ketigem Müßgange“ der Kartoffelpreise sowie im Groß- als auch im Kleinhandel zu reden, angesichts der Tatsache, daß gegenwärtig in Berlin kein Pfund Kartoffeln unter acht bis neun Pfennig zu haben ist! Je weiter das Frühjahr vordringt und je knapper die Kartoffeln werden, um so mehr wird der Preis steigen — wenn nicht der vom 15. Februar ab zur Erhebung kommende Zoll von 1 R. beseitigt wird. Das verlangen die Interpellationen und dagegen rennen die Konservativen Sturm. Warum? Doch nur, weil sie fürchten, daß die Preise gedrückt und der Zenerungsprofi der Junker beschnitten wird.

Wahlproteste.

Die Abteilungen des Reichstages traten Mittwoch zusammen, um die eingegangenen Wahlproteste auf ihre Zulässigkeit zu prüfen und diejenigen Mandate, gegen die Wahlproteste nicht eingegangen sind, für gültig zu erklären. Zwei Abteilungen konnten wegen ungenügender Beteiligung nicht in Tätigkeit treten. Im übrigen wurden achtzig Mandate der Wahlprüfungscommission überwiesen, gegen die zulässige Proteste vorliegen. Die Wahlprüfungscommission hat entsprechend der Vereinbarung des Seniorskonvents die Absicht, ein starkes Tempo in ihre Arbeit zu legen, und die von ihr behandelten Wahlprüfungen sollen dann möglichst sofort vom Plenum erledigt werden.

Erhöhung der Unterbeamtengehälter.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags brachte im Interesse der Unterbeamten folgenden Antrag ein: Der Reichstag wolle beschließen, die verbundenen Regierungen zu eruchen:

1. eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes in dem Sinne vorzubereiten, daß eine angemessene Erhöhung der durchaus unzulänglichen Bezüge der Unterbeamten eintritt;
2. die Unstimmigkeiten und Härten, die sich bei der Einteilung der Ortsklassen ergeben haben, baldigst zu beseitigen.

Antliche Nachprüfung der Stimmabgabe von Postbeamten bei Stadtverordnetenwahlen.

In Halle a. S., wo die Bürgerlichen bei den Stadtverordnetenwahlen die Beamten mit allen Mitteln des Terrorismus zur Urne trieben, um weitere Siege unserer Genossen zu verhindern, ist jetzt nach den Wahlen vom Bürgerverein eine ausführliche statistische Nachprüfung darüber angefertigt worden, ob und wie die Beamten gewählt haben. In einer Veröffentlichung hierüber wird gesagt, daß 15 Reichs- und Staatsbeamte, darunter 6 aktive, öffentlich ihre Stimme für den Sozialdemokraten abgegeben haben. Diese Denunziation ist von der Postdirektion in Halle sofort richtig verstanden worden. Die bürgerlichen Blätter bringen jetzt eine charakteristische amtliche Erklärung, in der es heißt: „Die inzwischen von der Postbehörde in bezug auf die aktiven Beamten vorgenommenen Feststellungen haben ergeben, daß die erwähnte Behauptung, soweit Angehörige der Reichspost- und Telegraphenverwaltung in Frage kommen, sich auf irrtümliche Aufzeichnungen stützt und unrichtig ist.“ — Mit dieser Schnüffelarbeit wird sich der Reichstag zu befassen haben.

Fürstbischof Kopp als Bauernleger!

Der „Wiener Arbeiterzeitung“ wird aus Troppau geschrieben: „Vor einiger Zeit kaufte der Fürstbischof Dr. Kopp in Breslau, der auch in Oesterreich große Besitzungen, hat in Wilmersdorf in Oesterreich-Schlesien, neue Bauernwirtschaften auf, die in einen Wildpark umgewandelt werden sollen. Der Kauf wurde vor einem Jahre vollzogen. Aber bis heute ist der Kaufschilling noch nicht bezahlt. Die früheren Eigentümer dürfen wohl den Boden noch bebauen, aber ihre Röhre trägt keine Früchte, denn die Dörche fressen und trampeln alles nieder. Von den Ackerkulten wird durch Worte und parlamentarische Anträge die Rettung des Bauernstandes betrieben, aber einer der Höchststehenden von ihnen betreibt das Bauernlegen systematisch und verwandelt Ackerland, das jahrhundertlang den dortigen Gebirgsbewohnern Nahrung lieferte, in unfruchtbar Jagdgründe, um sein und seiner Freunde Jagdvergnügen zu steigern. Die Umwandlung dieser neuen Bauerngüter in Jagdgründe steht nicht vereinzelt da, es wurden schon viele fleißige Landwirte auf diese Weise von der Scholle vertrieben. Dabei herrscht in Wilmersdorf die denkbar größte Not und im Bezirk Hauering geht die Bevölkerungszahl von zehn zu zehn Jahren um tausend infolge der Not zurück. Anstatt die Ernährungsmöglichkeiten zu vergrößern, wird sie von den frommen Herren vermindert. Dann gehen dieselben Herren hin und klagen über Landflucht und Auswanderung!“

Die Reichstagserversammlung im Siegreis Waldbröl.

wo der Zentrumsabgeordnete Becker sein Mandat niedergelegt hat, um dem in Adn unterlegenen Zentrumslandkandidaten Trimborn den Wiedereintritt in den Reichstag zu ermöglichen, findet am 1. März statt.

Gine Kartenfrage. Es ist üblich, daß durch das Reichstagsbureau die den drei Präsidenten gelieferten Karten allen Vertretern solcher Verbände, die amtlich mit dem Reichstage zu tun haben, zugestellt werden. Merkwürdigerweise wurden in dem Adressenverzeichnis auch das Hofmarschallamt und das Berliner Polizeipräsidium aufgeführt. Da das Reichstagspräsidium amtlich mit diesen Behörden nichts zu tun hat, hat Gen. Scheidemann, von der Ueberendung seiner Karten an diese Adressen abzusehen. Das ist denn auch geschehen. Alle weiteren Behauptungen sind unmaß.

Afrika.

Ein Kulturbild vom Kongo.

Zweihundert Jahre, ein halbes Jahrhundert, ist es her, seit der holländische Dichter Kuitakul (Eduard Douwes Dekker) sein bekanntes Buch, den „Mag Davelaar“, erschienen ließ, wodurch er seine geliebten Javanen von der Ausdeutung durch die holländische Regierung zu befreien hoffte. „Es ging ein Schaudern durch das Land.“ schrieben die Zeitungen jener Tage, „als dieses Buch in die Öffentlichkeit drang.“ Aber der erträumte Erfolg blieb aus. Holland fuhr fort, Java auszubenten. Und wie in Java geht es in unzähligen anderen Kolonien her. Heute noch. Selbstam ist es, wie die internationalen Zeitungen und Zeitschriften sich diesen Tatsachen gegenüber verhalten. Belgische Zeitungen klagen englische Kolonien an, englische Zeitschriften türkische Kolonialver-

waltungen, evangelische Missionäre katholische Regierung: um umgekehrt. Sie sehen alle miteinander immer den Spitz: im Auge des Nächsten, aber nicht den Balken im eigenen Auge. So entwickelt ein Missionar in der evangelisch-theologischen Missionärschrift „Lehre und Wehre“ nachstehendes grautragendes Konvuls: „Beim Besuch einiger der größten Städte, die wir im Kongo gesehen haben, wurden wir wiederholt überhäuft durch die Abwesenheit aller männlichen Bewohner, ausgenommen kleiner Knaben, hinfälliger Greise und einiger Häuptlinge und Kasseher. Auf unsere Anfrage sagte man uns, ihre Steuer bestände in Kaufschuß und die Männer seien weit im Urwald, um das Produkt zu sammeln. Wir sahen freudigste Tugende, ja Hunderte wohlgebaute Hüften im Verfall, weil die Männer gezwungen waren, ihre Steuer einzusammeln und die Frauen und Knaben die Feldarbeit verrichteten und ihren Männern das Essen in den Wald trugen. Wir entdeckten, daß die Männer zwei und drei Monate ununterbrochen in dem feuchten, unzugänglichen Walde zu arbeiten hatten, um die vorgeschriebene Kaufschußmenge zu gewinnen. Und wie leben sie während dieser gezwungenen Abwesenheit von der Heimat? In elenden Schupphütten aus Stöcken und Blättern, von denen wir viele auf unseren Wegen sahen. Auf unserem Marsch durch den Wald lagerten wir eines Nachts nahe bei einer kleinen Gesellschaft von Kaufschußmännern; wir beobachteten, wie die Leute bis spät in die Nacht beschäftigt waren, die gewonnenen Häuflein zu kugulieren. Wie uns ihr Predman sagte, waren sie drei Tagereisen von ihrer Heimat entfernt. Er erzählte uns auch, daß vor einigen Wochen eine Gesellschaft von 35 Leuten und 2 Heubunden vor dem Weihen die Nacht ergriffen hätten. Sie seien zuerst durchgeprügelt worden, weil sie zu wenig Kaufschuß gebracht hätten, dann habe der Weiße sie in den Wald geschickt, um mehr zu holen. In einer Stadt, die erst vor kurzem wieder aufgebaut und ausnahmsweise groß war, berichteten uns die Eingeborenen, daß sie drei Monate ununterbrochen im Walde zu verbringen hätten, um Kaufschuß zu finden. Die Leute haben sechs Monate und in einzelnen Fällen acht Monate harte Zwangsarbeit im Jahr zu leisten. Das gibt einen Durchschnitt nicht von einem Tage in der Woche, sondern von drei und vier. Und selbst dann ist es keineswegs sicher, daß sie den Rest der Zeit für sich verwenden können. Wenn man diesen Dingen gegenübersteht und den hilflosen Notleidern dieses verzweifeltsten Volkes gehört hat, dann ist es mehr als schwierig, seine Gefühle zu beherrschen. Ihr habt gut reden von Freiheit und Gerechtigkeit! Wo sind sie für diese armen Sterblichen? Sie leben weit im Hinterlande, ihre Stimme verhallt ungehört und ihnen erhebt kein Fürsprecher. Sie können sich an niemand wenden, außer an den Weißen, dessen Pflicht es ist, sie zur Arbeit zu zwingen, und dem daran liegen muß, so viel als möglich Kaufschuß aus ihnen herauszuquetschen. Nicht in erster Linie die Beamten sind zu tadeln, sondern das entsetzliche System, das solche Praktiken möglich macht! In der „London Times“ veröffentlichte der belgische Kolonialminister Antin, daß die Kolonialverwaltung ein Kaufschußlager (auch Eisenstein) im Werte von 640 000 Pfund Sterling habe. Der Kaiser Leopold II., den der Papst mit seinen höchsten Ehren geehrt und den auch die römischen Würdenträger in Amerika gefeiert haben, wirkt immer noch im Kongo weiter.“

Aus Industrie und Handel.

Terrain- und Mietwucher in einer Hand.

In besonderen der Großberliner Grund- und Bodenmarkt leidet ungemessenlich unter der beispiellosen Verwilderung durch Terraingesellschaften und Bauunternehmern. Sämtliche Berliner Großbanken haben im reichshauptstädtischen Boden riesig hohe Werte investiert. Deren Bedürfnis nach Veranlagung hat zu einem Mietwucher geführt, der jeder kulturellen Wohnungspolitik ins Gesicht schlägt. Und, was nunmehr besonders betont werden muß, es ist durchaus nicht nur der kleine Wohnbesitzer und die ledigste Geschäftsgegenstand, die zum Terrainwucher Gelegenheit gibt. In den nördlichen und östlichen Gebieten der Reichshauptstadt liegen die Großbanken genau so fest und ihr Geschäft ist gerade hier am rentabelsten!

Interessant ist, daß man jetzt in den interessierten Bankkreisen eifrig mit dem Plane umgeht, großzügiger zu bauen. Die Methode, einzelne Häuser oder mehrere Häuser nebeneinander auf einmal zu bauen, ist heute schon in den neuentstehenden Stadtteilen veraltet, dort wird gleich an ganzen Häuserblöcken gearbeitet. Aber nicht nur das, die Terraingesellschaften wollen auch alle in der Regel entstehenden Unkosten, wie Stempel, Umlagesteuer, Reichs- und Wertzuwachssteuer, vermeiden, sich von deren Bezahlung drücken. Man ist dabei auf den eigentümlichen, aber durchaus im Sinne großkapitalistischer Entwicklung liegenden Weg gekommen, zur Selbstbebauung des eigenen Grundbesitzes zu schreiten. Da der Wechsel des Moment der Steuererhebung ist, wird damit natürlich jede Steuerleistung vermieden! Den so entstehenden Ertragewinn können die Terraingesellschaften in die eigene Tasche stecken.

Der gemischte Betrieb, wie er heute in der Montanindustrie längst zur vorherrschenden Produktionsmethode geworden ist, hat damit auch seinen offiziellen Einzug in das Terrain- und Baugeschäft gehalten. Inoffiziell besteht diese Methode schon lange. Es sei nur an die Verknüpfung der Wessau u. Knauer-Baugesellschaft des Fürstentums mit Terraingesellschaften erinnert. Aber die Handelsgesellschaft für Grundbesitz, die zum 20. Februar ihre Aktionäre zusammenberufen will, da öffentlich die Durchführung von derlei Transaktionen beschließen. Die Verbindung der einzelnen Produktionsstadien auch im Häuserbau hat sicher seine volkswirtschaftlichen Vorteile. Sie werden hierbei, was für die hinter den Terraingesellschaften stehenden Großbanken ausschlaggebend ist, aber noch übermogen durch die Gewinne, welche aus Steuerersparnissen entstehen, und zum anderen noch durch die Vorteile, welche sich bei gleichmäßig rascher Bebauung ganzer Häuserviertel erzielen lassen, im besonderen was die Vermietung betrifft. Vorbild für diese Methode ist in Groß-Berlin dabei immer Kommerzienrat Haberland gewesen, der, die Deutsche Bank hinter sich, erst kürzlich nach Wilmersdorf und Dahlem die Hochbahn hingelegt bekam — erklärlich durch die Verbindung zwischen Hochbahn und Deutscher Bank — und dann dort gleich im ganzen eine vornehme Westgartenstadt hindrante. Rasch und sicher; im besonderen deswegen, daß die neuentstehende Tempelhoferschleife nicht den Mietwucherzug zuerf bekam, und die überwerteten westlichen Terrains leer liegen blieben.

Der Gemischtbetrieb, der jetzt bei der Berliner Handelsgesellschaft für Grundbesitz durchgeführt werden soll, betrifft vorerst ihren Schmaragdener Terrainbesitz. Es handelt sich dabei aber nur um ein Tochterunternehmen der Berliner Handelsgesellschaft. Dieses Bankinstitut kontrolliert in Groß-Berlin noch die folgenden Terraingesellschaften: Bahnhof Jungfernhede Aktien-Gesellschaft, Bahnhof Lichtenberg Aktien-Gesellschaft, Industriegebiete Schöneberg A.G., Weißliche Bodenaktiengesellschaft, Terrain-Aktiengesellschaft Bayerische Straße, Grundstücks-Aktiengesellschaft, Lichtenberger Terrain-Aktiengesellschaft, Neue Berliner Grundstücks-Gesellschaft, Grundvertriebs-Gesellschaft, Grundverwertungs-Gesellschaft, Konbion Grundverwertungs-Gesellschaft.

Neben dem vornehmsten Westen ist hier das alte Berlin und die Geschäftsgegend der City ebenso betroffen wie das Industriegebiet der Ringbahnhöfe und die Proletarierviertel. Wird die Methode des Gemischtbetriebes sich weiter ausbreiten — was schon jetzt sicher ist —, so bedeutet das eine Kapitalkonzentrierung, die einer ganzen Anzahl von Bauunternehmern, mittleren und kleineren Handwerks- und Lieferanten, das Lebensatm ausbläst. Aus dem persönlichen Wohnungsvermieter wird auf all diesen Komplexen der Hausverwalter, der Angestellte des Großunternehmens. Die Enteroberflutung des Westens wird auch auf diesem Gebiete zu ein Stück weiter kommen. Der dabei erreichte volkswirtschaftliche Fortschritt springt ohne weiteres in die Augen, er wäre unschätzbar, wenn nicht seine Vorteile die Terraingesellschaften einstecken, das heißt Aktionäre und Großbanken!

Gewerkschaftliches.

Die Forderungen der Ruhrbergarbeiter.

Nachdem der Forderungenverband für das Ruhrgebiet die Lohnangelegenheit der drei Bergarbeiterorganisationen mit dem Forderungenverband abgelehnt, daß er in Lohnfragen nicht zuständig sei, sind unter dem 20. Februar den einzelnen Grubenverwaltungen folgende Forderungen unterbreitet worden:

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Proz. und Beseitigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter.
2. Die Arbeitslohnzahlung hat spätestens am 25. des laufenden Monats, die Meistlohnzahlung spätestens am 10. des folgenden Monats zu erfolgen.
3. Achtstündige Schichtzeit, siebenstündige Schichtzeit bei 22 Grad Celsius Wärme, sechsstündige Schichtzeit bei 28 Grad Celsius Wärme. Vorstehende Schichtzeiten verstehen sich inklusive Ein- und Ausfahrt.
4. Ueber- und Nebenarbeiten dürfen nur bei Anfällen, Betriebsstörungen oder zur Rettung von Menschenleben und Viehdieren vorkommen.
5. In den Koloniewohnungen ist die sonst übliche einmonatliche Kündigung einzuführen, den Mietern volle Bewegungsfreiheit in Bezug auf Organisationszugehörigkeit, Wareneinkauf usw. zu garantieren. Ferner darf kein Zwang zur Haltung von Kostgängern ausgeübt werden.
6. Dafür einzutreten, daß Aufrechnungen der reichsgerichtlichen Leistungen für Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen seitens des Knappschaftsvereins auf die Knappschaftsleistungen nicht mehr stattfinden.
7. Umwandlung des bestehenden Arbeitsnachweises in einen paritätischen, Aufhebung des noch für Nachbarzweigen bestehenden Sperrensystems.
8. Einschränkung des Strafwesens; Strafen von über eine Mark bedürfen der Zustimmung des Arbeiterausschusses.
9. Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichts mit einem unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten.
10. Errichtung von Ausschankstätten für alkoholfreie Getränke auf den Förderschlägen.

Die Bergarbeiter werden am Sonntag, den 25. Februar, in großen Versammlungen zu der neuen Situation Stellung nehmen.

Durch die gesamte Unternehmer- und Zentrumsprelle geht ein Artikel, betitelt: „Bergarbeiterlöhne und Betriebsüberflüsse“. In diesem Artikel wird zunächst behauptet, die eingeleitete Bewegung habe nur reinen agitatorischen Charakter. Wenn sich die Unternehmer in dieser Hoffnung irren, täuschen sie sich. Die Bewegung ist sehr ernsthaften Charakters und die Organisationen und die in diesen vereinigten Bergarbeiter werden vor der letzten Konsequenz, wenn es die Notwendigkeit gebietet, nicht zurückweichen.

In dem Forderungenverbandartikel wird dann weiter gesagt: Da die von den drei Verbänden eingereichten Lohnforderungen mit höheren Betriebsüberflüssen der Werke begründet werden und die Forderung gestellt wird, die im 4. Vierteljahr des Hochkonjunkturjahres 1907 gezahlten Löhne als Grundlage für die vorzunehmende Lohnaufschöpfung anzunehmen, so dürfte es angebracht sein, die in den ersten drei Vierteljahren 1907 im Ruhrbergbau erzielten Ueberschüsse mit denen des Jahres 1911 in Vergleich zu ziehen.

Es werden dann anschließend die Gewinne von zehn „reinen“ Kohlenwerken aus den ersten drei Vierteljahren des Jahres 1907 denen des Jahres 1911 gegenübergestellt und dabei ein Mindergewinn von 7 330 519 M. festgestellt. Zunächst handelt es sich, wie schon erwähnt, bei dieser Zusammenstellung um nur „reine“ Kohlenzonen. Daß diese von einer Wirtschaftskrise empfindlicher getroffen werden, wie die „gemischten“ Werke (Hüttenwerke), weiß jeder Bergmann des Ruhrgebiets. Daß dem so ist, ist nicht Schuld der Arbeiter, sondern liegt zum größten Teil an der Förderberechnung des Kohlenumsatzes, bei der die Hüttenzweige bevorzugt sind. Der Selbstverbrauch der Hüttenwerke wird bei der Berechnung der Beteiligungsziffer nicht in Anrechnung gebracht. Der Forderungenverband hätte gut, wenn er die Gewinne der Hüttenwerke auch als Vergleich heranzöge. Aber er wird sich hüten!

Auch verneint der Forderungenverband in Erwägung zu ziehen, daß am 1. April d. J. eine Kohlenpreiserhöhung von 0,25 M. bis 1,25 M. pro Tonne in Kraft tritt. Selbst die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt hierzu:

„Wie verlaunt, rechnen sich einige große Forderungen aus der Preiserhöhung schon Gewinne von vielen Millionen heraus. Das ist doch ein Zustand, den man ganz und gar nicht verteidigen kann.“

Der Forderungenverband wird also mit seiner Berechnung selbst bei der „Kölnischen Volkszeitung“ abfallen. Auch lastet der Spindelfortschritt schwer auf diesen Werken, was schon wiederholt von den Forderungenorganen „Bergwerkszeitung“, „Industrie“ usw. anerkannt wurde. Kurzum, die Berechnung des Forderungenverbandes hat ein großes Loch.

Am wütendsten gebärdet sich aber die Unternehmerprelle darüber, weil die Lohnbewegung der Bergarbeiter Deutschlands mit der Lohnbewegung der Bergarbeiter Englands zusammenfällt. Mit frommem Augenaufschlag schreibt die „Bergwerkszeitung“ vom 18. Februar d. J.:

„Die Belgier werden sich jedenfalls nicht anschließen, . . . Hoff um den Engländern einen Dienst zu erweisen. Die deutschen Bergleute aber werden auch nicht mitmachen, denn eine solche Rundgebung zugunsten einer Nation, die uns vor wenigen Monaten in so drohender Haltung gegenüberstand, würde die deutschen Bergleute um die Sympathie in eigenen Lande bringen.“

Hierzu sei bemerkt: Zunächst handelt es sich nicht um die gesamte englische Nation, sondern nur um einen kleinen Bruchteil derselben, um die englischen Bergarbeiter. Die englischen Bergarbeiter haben den Bergarbeitern Deutschlands noch nie drohend gegenübergestanden, sondern noch stets brüderliche Solidarität bekundet. Man denke an den Streik im Jahre 1905. Weiter wurde diese Bewegung nicht zugunsten der englischen Bergarbeiter eingeleitet, sondern die Bergarbeiter Deutschlands wollen ihren eigenen Vorteil dabei erzielen. Daß beide Bewegungen zusammenfallen, ist nur vorteilhaft für die Bergarbeiter des einen Landes sowohl, wie für die Bergarbeiter des anderen Landes. Diesen Vorteil wollen die Bergarbeiter Deutschlands wahrnehmen. Sie wären Toren, wenn sie es nicht täten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Betrieb der Firma Schoneheimer, K., Greifswalder Straße, ist wegen Streik für alle Metallarbeiter gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin.

„Ich will mit meinen Arbeitern in Frieden leben.“ Das waren die Worte, mit denen Herr Zigarrenfabrikant Sonnabend, Alexanderstraße 30, den Vertretern der Organisation gegenüber jede Verhandlung ablehnte. Seinen Arbeitern ist es allerdings nicht so leicht, zufrieden zu sein. Auch doch ein großer Teil von dem Wädelung, die der Herr beschlagnahmt, sich mit Hausarbeit zu fügen und schreibt 9,50 M. pro Tausend schinden lassen. Das Konto an Lohn

erleidet der Herr dann durch sozialpolitische Ansprachen, in denen seine eigene schlechte Lage und sein gut Herz für die Arbeiter eine große Rolle spielt. Mit der Organisation aber will Herr Sonnabend nichts zu tun haben. Er, der seine Fabrikate hauptsächlich in Arbeitervierteln verkauft, wird mit der Zeit allerdings einsehen müssen, daß der Herr-im-Hause-Standpunkt keine ganz bedenkenlichen Schattenseiten haben kann. An Rücksicht sowie Entgegenkommen ihm gegenüber hat man es todsicherlich nicht fehlen lassen.

Arbeiter, Parteigenossen! Fragt bei Euren Zigarreneinkäufen nach den grünen Plakaten, die nur dann gültig sind, wenn der Name Alwin Schulze unterschrieben steht.

Kauft nur bei tarifstreuen Firmen!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Vertragsbrüchige Unternehmer.

Der Zentralverband der Tapezierer hatte zu Dienstagabend eine öffentliche Versammlung der Kleber einberufen, die sich mit den fortgeschrittenen Tarifbrüchen der Unternehmer beschäftigte. Wie der Sektionsleiter Brunow eingangs seines Berichtes erwähnte, ist der Tarif für die Kleber erst vor einem Jahre mit den Unternehmern vereinbart worden. Die Opposition, die der Tarifabschluß bei den Klebern fand, weil ihnen durch denselben zu wenig geboten wurde, hätte erwarten lassen, daß der Tarif zum mindesten in allen seinen Positionen eingehalten wird. Statt dessen hätten sich die Kleber demoralisierendem Indifferentismus ergeben und den Tarifbrüchen der Unternehmer keinen genügenden Widerstand geleistet. Natürlich ist dadurch die Schmutzkonkurrenz unter den Unternehmern wieder zur Blüte gelangt. Immer mehr Firmen sind vom Tarife abgewichen. Eine Baulenkontrolle, die kurze Zeit nach dem Vertragsabschluß vorgenommen wurde, ergab, daß 19 Firmen mit 135 Arbeitern den Tarif nicht einhalten. Im Laufe des Jahres hat sich die Zahl der Tarifbrecher noch weiter erhöht. Bei der Baulenkontrolle wurden nunmehr 28 Firmen mit 340 Arbeitern gezählt, die den Tarif nicht halten. Dabei macht das Gewerbe nicht etwa eine schlechte Konjunktur durch. So wurden kürzlich 407 Bauten gezählt, auf denen Kleberarbeiten auszuführen sind, davon allein 87 erstklassige. Es waren dann noch 174 Bauten zweiter und 148 Bauten dritter Klasse. Die Steigerung der besseren, der erstklassigen Bauten, gegenüber früheren Jahren beweist, daß die Kleber einen günstigen Geschäftsgang zu verzeichnen haben. Es ist notwendig, daß die Kleber auf allen Bauten, wo die Tariflöhne nicht bezahlt werden, schon am Mittwoch morgen vorstellig werden und tarifliche Bezahlung der Arbeiter fordern und wenn sich der Unternehmer weigern sollte der Forderung zu entsprechen, müsse sofort die Verbandsleitung benachrichtigt werden.

In der Diskussion wurde der Zustand im Gewerbe allgemein bedauert und sofortige Abhilfe für dringend notwendig erklärt. Im übrigen verlief sich dann die Debatte in eine nutzlose Polemik mit den anwesenden Lokalisten, die den Verband und Tarifvertrag kritisierten.

Schließlich erklärte sich die Versammlung dahin, unverzüglich und wenn notwendig mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß der Tarif auf allen Bauten und bei allen Unternehmern wieder zur Geltung kommt.

Achtung, Fleischergelesen! Wegen Tarifbruch ist der Betrieb des Fleischermeisters Franz Gerig, Adalbertstr. 2, für unsere Mitglieder gesperrt. Alle Verhandlungen sind bis jetzt erfolglos verlaufen, da sich Herr Gerig weigert, den Arbeitsnachweis für alle Gefellen anzuerkennen. Um die Organisation von ihrem Recht, die Einhaltung des Vertrages zu verlangen, abzuhalten, droht Herr Gerig mit der Staatsanwaltschaft.

Der Fleischermeister Kasimir, Reutkölln, Hermannstraße 210, der den Tarif im Dezember d. J. ehrenwörtlich anerkannt hat, weigert sich jetzt, den Arbeitsnachweis zu benutzen sowie die 12stündige Arbeitszeit einzuhalten. Dem Verbandsvorsteher erklärte er, er lasse sich von niemanden über die Arbeitszeit Vorschriften machen, auch seien ihm die Käufer ganz gleichgültig. Der Betrieb ist ebenfalls für unsere Mitglieder gesperrt.

Ferner bemerken wir, daß der Fleischermeister H. Jochmann, Reutkölln, Ziegenstr. 41, den Tarifvertrag anerkannt hat.

Zentralverband der Fleischer.

Achtung, Tapezierer, Kleber! Wegen Tarifbruch gesperrt Komack, Tilsiter Str. 28, Bau Goldaper Straße, Ecke Braunberger Straße. Die Schlichtungskommission.

Deutsches Reich.

Eine christliche Selbstcharakteristik.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ leistet sich einen Rückblick auf die Reichstagswahlen. Die Verklärung der Sozialdemokratie, wobei den freien Gewerkschaften die üblichen christlichen Fuhrer verjagt werden, gibt der Epistel die Hauptnote. Sie soll aber auch eine Ruhmwendung haben. Der Tapezierer der Vogel meint, sie hätten die Notwendigkeit einer starken christlichen nationalen Gewerkschaftsbewegung ergeben. Menschen, die nicht in der Luft herumzappeln, sind entgegengeleitete Ueberzeugung. Doch ist interessant zu hören, was alles zur „christlichen Gewerkschaftsbewegung“ rechnet. Das Blatt bezeichnet als „Kollegen“ unter den gemählten Abgeordneten: Giesberts, Schiffer, Vehrens, Schirmer, Weder, Schwarz und Hedmann! Kollege Hedmann, das ist reizend! Er wurde mit Zentrumshilfe in Bochum als Kandidat der berühmtesten Schachmacher der Welt gewählt und er stand bisher auch bei den Christen auf der Liste der wegen Streibrecherei Geschädigten! Nun paradiert er als — christlicher Gewerkschaftskollege! Die „Kollegenschaft“ rührt zweifellos daher, daß die christlichen Gewerkschaften nach ultramontaner Weisung mehr und mehr den Streibbruch heiligen. Gleich und gleich gesellt sich gern!

Achtung, Porzellanarbeiter! In der Porzellanfabrik von Dentische u. Müller in Neuselwitz ist ein Sympathiestreik zugunsten der seit 7 Monaten streikenden Kollegen in Teltow, Hohlaun und Margaretenhütte am 8. Februar d. J. ausgebrochen. Die Firma macht die größten Anstrengungen, um Arbeitswillige heranzuziehen. So läßt sie in allen möglichen Zeitungen des In- und Auslandes Arbeitsgesuche los und verspricht dabei hohe Löhne. Es fielen auch schon aus allen Himmelsgegenenden Arbeiter darauf herein, wodurch diese schweren Schaden hatten. Vor den Arbeitergesunden der Firma Dentische u. Müller sei deswegen nachdrücklich gewarnt.

Die Versicherungsgesellschaft „Viktoria“ hat es wieder auf ihre organisierten Angestellten abgesehen. Im Dortmunder Bezirk ist schon wieder eine Rahrgewalt vorgekommen. Der Vorsteher des Dortmunder Zweiggeschäfts will im Verlauf von drei Monaten alle alten Einnehmer hindanwerfen und durch junge Leute ersetzen, die mehr einbringen müßten. Aber, wie gesagt, der Schlag richtet sich im Grunde genommen gegen die Verbandsangehörigkeit der alten Einnehmer. Die Gesellschaft vergißt immer wieder, daß sie auf die Arbeiter angewiesen ist. Und die Arbeiter lassen sich ein solches Vorgehen nicht gefallen.

Ausperrungsankündigung in der sächsischen Schuhindustrie.

Der Verband der Schuhfabrikanten trägt sich mit der Absicht, einen partiellen Streik zum Anlaß einer Ausperrung zu machen. Bei der Firma A. Keller in Kötzting befinden sich die Wender seit längerer Zeit in Lohnstreik. Die Ursache der Lohnstreikigkeiten liegt eigentlich in der Einführung von Maschinen, durch die die Handarbeit beseitigt wird, die Löhne aber sehr erheblich herabgedrückt werden. Wegen dieser Lohnrückerei versuchten die Arbeiter auf gutlichem Wege anzukämpfen, doch waren die verschiedenen Vermittelungsversuche, die von der Bezirksleitung des Verbandes der Schuhmacher unternommen wurden, vergeblich. Die Betriebsleitung meinte, die Arbeiter hielten absichtlich mit ihren Leistungen zurück, die angebotenen Abordlöhne seien genügend. Waren die Arbeiter über den durch die Betriebsleitung erhobenen Vorwurf der Faulheit schon sehr empört, so wurde eine Arbeitsniederlegung dadurch unvermeidlich, daß der Firmeninhaber erklärte, wer für diesen Lohn nicht arbeiten wolle, könne aufhören.

H. Wiede, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Die Arbeitsniederlegung der Abteilung Wenderei erfolgte dann am 12. d. M. Zwei Tage darauf trat der Bezirksverband der Schuhfabrikanten Sachsens zu einer Sitzung zusammen. Soweit wir aus zuverlässiger Quelle erfahren konnten, ist dort der Beschluß gefaßt worden, die schwebende Sache zu einer Verbandsangelegenheit zu machen. Mit diesem Beschluß feuern die Herren auf eine Ausperrung für das Königreich Sachsen los. Zunächst wird die Schiedskommission des Verbandes in Tätigkeit treten. Am Sonnabend, den 17. Februar, ist eine Verschärfung der Situation eingetreten. Da eine Einigung mit den Wendern nicht zu erzielen war, haben die übrigen Abteilungen die Kündigung eingereicht. Kommt die Firma in der Berechnung der Löhne nicht den Arbeitern entgegen, so werden am 2. März 300 Arbeiter und Arbeiterinnen sich im Auslande befinden. Die Firma scheint es auf einen Kampf ankommen lassen zu wollen.

Im Annoncenenteil einer Köhlener Tageszeitung werden Massenquartiere für 100 Arbeiter gesucht, für Arbeitswillige, die die Firma jedenfalls hofft zu bekommen. — Die Arbeiter aller Orte werden ersucht, dafür zu sorgen, daß die Quartiere leer bleiben.

Die Unternehmer im Leipziger Steinsechgewerbe forderten die Steinsecher auf, aus der Organisation auszutreten, anderenfalls sie keine Arbeit mehr erhalten könnten. Da sich die Steinsecher selbstverständlich weigerten, dieser terroristischen Forderung nachzukommen, erfolgte am Sonnabend die Aussperrung der Steinsecher zunächst bei zwei Firmen. Es handelt sich also um einen Kampf um das Koalitionsrecht.

Ausland.

Asquith als Vermittler im englischen Bergarbeiterstreik.

London, 21. Februar. Premierminister Asquith machte heute dem Unterhause unter großem Beifall die Mitteilung, daß seine Einladung an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Kohlenbergbau, morgen zu einer Besprechung mit ihm im Auswärtigen Amt zusammenzukommen, von beiden Seiten angenommen worden sei.

Die französischen Gewerkschaften zu Beginn 1911.

Frankreich ist das Land der kleinen aber zahlreichen Gewerkschaften und Genossenschaften. Am 1. Januar 1911 gab es dort 5325 Gewerkschaften mit einem Mitgliederbestand von 1 029 298 gegenüber 5280 Gewerkschaften mit 977 350 Mitgliedern am 1. Januar 1910 und 3697 Organisationen mit 614 238 Mitgliedern im Jahre 1902. Die Mitgliederzahl hat sich also in diesen neun Jahren um 415 034 oder 68 Proz., seit dem vorigen Jahre um 61 888 oder um 5 Proz. vermehrt. Aus der folgenden Tabelle ist die Stärke der organisierten Arbeit in den einzelnen Industriezweigen ersichtlich:

Gewerbegruppe	1902	1911
Baugewerbe	119 683	122 565
Bergbau und Steinbrüche	83 409	85 608
Metallindustrie	75 964	98 727
Textilindustrie	57 174	92 991
Bekleidungsindustrie mit Ausnahme der Schuh- u. Handschuhindustrie	17 121	28 498
Transport und Handel	108 872	814 582
Landwirtschaft usw.	15 515	61 613
Druckerei- und Papierindustrie	19 146	24 738
Holz- und Möbelindustrie	20 643	33 498
Chemische Industrie	24 010	35 444
Glas, Töpferei	12 212	16 695
Nahrungsmittelgewerbe	28 355	56 162
Häute- und Lederindustrie	21 868	28 826
Andere Gewerbe	14 437	51 901
zusammen	614 294	1 029 298

Mit Ausnahme des Bergbaus und der Steinbruchindustrie hat also in allen Gewerkschaften eine starke Vermehrung der organisierten Arbeiter stattgefunden.

Letzte Nachrichten.

Internationale Bergarbeiterkonferenz in London.

London, 21. Februar. (D. V.) Heute vormittag sind hier die Delegierten der Grubenarbeiter Englands, Frankreichs, Deutschlands, Oesterreichs und Belgiens zu einer Konferenz zusammengetreten, um die Grundlagen einer Vereinbarung zu betonen, in welcher Weise die Bergarbeiter des Kontinents ihre englischen Kameraden, falls der Ausbruch zum Ausbruch kommen sollte, unterstützen können. England ist durch vier Delegierte; die übrigen Staaten durch zwei oder drei vertreten.

Spionitis.

Christiania, 21. Februar. Die „Aftenposten“ erzählt, es heute ein Rattose des hier liegenden englischen Kanonenbootes „Fogbound“ unter Bewachung mit einem heute abgehenden Wilsonsdampfer nach Hull geschickt worden. Wie das Blatt weiter mitteilt, soll es sich um einen in England naturalisierten Deutschen handeln, der der Spionage zugunsten Deutschlands beschuldigt wird.

Fernflug Berlin—Wien.

Wien, 21. Februar. (W. T. V.) Der Landtag nahm einen Antrag an, 30 000 Kronen als Preis für einen Fernflug Berlin—Wien, 20 000 Kronen für einen Rundflug in Niederösterreich und für sonstige Ueberlandflüge zu bewilligen.

Folgenschwerer Fabrikbrand.

Herbinger, 21. Februar. Durch Selbstentzündung entstand in der Herbinger Baumwollspinnerei Akt.-Ges. ein Brand, der infolge des reichlich vorhandenen Zündstoffes bald sehr große Ausdehnung annahm. Die Ausgänge waren bald verqualmt und die Arbeiter und Arbeiterinnen konnten nur mit großer Mühe und Gefahr ins Freie gerettet werden. Drei Arbeiter werden noch vermisst, man befürchtet, daß sie in den Flammen umgekommen sind. Zwei Arbeiter und zwei Arbeiterinnen erlitten so schwere Brandwunden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Eine Barke gestrandet.

Paris, 21. Februar. (R. C.) Aus Fribourg wird gemeldet: Infolge dichtes Nebels ist eine Barke, die mit 6000 Säcken Zement beladen war, an einen Felsen in der Nähe von Certe gestrandet und gestrandet. Von der achtstündigen Besatzung sind drei Mann ertrunken, während die übrigen 5 Mann gerettet werden konnten.

Blatternepidemie.

Milano, 21. Februar. Wie der „Avanti“ meldet, ist in Canton eine heftige Blatternepidemie ausgebrochen. Bis jetzt sind 350 Personen erkrankt und 110 gestorben.

Eisenbahnkatastrophe im Tunnel.

New York, 21. Februar. (W. T. V.) In dem Hoosac-Tunnel im Staate Massachusetts, dem längsten amerikanischen Tunnel, ist es 2500 Fuß von der westlichen Einfahrt zu einem Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und einem Güterzug gekommen. Dastiges Feuer und schwere Explosion machten es unmöglich, bis zur Unglücksstelle vorzudringen, und die Behörden glauben, daß das vor Sonnabend oder Sonntag nicht gesungen wird. Bis dahin ist der Verkehr unterbrochen. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind vier Personen getötet und sieben Güterwagen zerstört worden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Reichstag.

11. Sitzung, Mittwoch, den 21. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück, Vermuth. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Abt. 1 und Genossen (Sp.), welche die sofortige zeitweilige Aufhebung des Zolles auf Mais und Futtergerste und die Suspendierung des am 15. Februar eingetretene Kartoffelzoll bis zum 1. Mai fordert...

Staatssekretär Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellationen bereit. Zur Begründung der ersten Interpellation erhält das Wort Abg. Dr. Wendorf (Sp.): Der Staatssekretär hat vor acht Tagen erklärt, es schweben Erwägungen im Bundesrat über die Suspendierung des Kartoffelzolls.

Hoffentlich haben die Erwägungen sich inzwischen zum Beschlusse verdichtet. Das Kopfnicken, das ich hier erwartet habe, ist leider ausgeblieben. Die Verteuerung eines so notwendigen Nahrungsmittels wie die Kartoffel um 5 Pf. pro 10 Pfund durch den Zoll ist nicht gleichgültig. (Sehr richtig! links.) Aber wir verlangen die Verbilligung der Kartoffeln nicht nur in Rücksicht auf ihren hohen Preis, sondern vor allem mit Rücksicht auf die allgemein herrschende Teuerung in allen notwendigen Lebensmitteln (Sehr richtig! S. d. Sp.), das eine solche Teuerung vorhanden ist, beweist ja auch die Mehrforderung von 15 Millionen Mark für Naturalverpflegung beim Heere...

Im anderen Teil unserer Interpellation wollen wir auch nicht mit Kanonen nach Spanien schießen und verlangen nur die zeitweilige Aufhebung des Zolles auf Mais und Futtergerste.

Mit dieser Forderung befinden wir uns in sehr guter Gesellschaft. Der Landwirtschaftsrat hat in Gegenwart eines königlichen Prinzen dieselbe Forderung erhoben, freilich nicht der preussische Landwirtschaftsrat, sondern der bayerische. Auch aus dem Norden kommt das gleiche Verlangen; so haben die Viehhaltenden Landwirte in Hannover diese Erleichterung verlangt. Und sie sollte der Viehhaltenden Landwirtschaft gewährt werden, denn der weitaus größte Teil des Viehes in Deutschland wird von Bauern gehalten. (Sehr richtig! links.) Zu alledem kommen die Schädigungen für die kleinen und mittleren Bauern durch die Maul- und Klauenseuche, die kaum erlöschen wird, ehe das Vieh wieder auf die Weide getrieben wird. Diese Schäden sind noch größer als aus der amtlichen Statistik hervorgeht, da erfahrungsgemäß viele Fälle der Seuche verschwiegen werden. Diese Tatsache hängt zusammen mit dem vielfach falschen Spermahegeln. (Sehr richtig! links.) Die Regierung sollte alles zur Beseitigung dieser Seuche tun; das ist ebenso dringend wie die zeitweilige Aufhebung der Futtermittelzölle. Diese unsere Forderung findet in der bäuerlichen Bevölkerung volles Verständnis, und die Konservativen sind bereit auf dem besten Wege, diese Mittläufer zu verlieren. Soweit sie sehen können, sind sie ihnen schon verloren gegangen. Daß der Groß-

grundbesitz in größerem Umfange zur Viehhaltung übergehen könnte, ist ausgeschlossen. Ich als Großgrundbesitzer weiß am besten, daß das alte Wort zutrifft, daß das Auge des Herrn das Vieh mästet. Diese genaue Kontrolle ist eben dem Großgrundbesitzer nicht möglich. Daher muß der für die Viehhaltung hauptsächlich in Betracht kommende Bauernstand geschützt und vermehrt werden. Der Regierung möchte ich zurufen, daß auch hier das alte Wort gilt: his dat, qui cito dat (doppelt gibt, wer schnell gibt). (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Bok (Soz.):

Als 1902 der Zolltarif beschlossen wurde, feierte die agrarische Selbstsucht und der agrarische Eigennutz wahre Triumphe, die Stimme der Vernunft drang nicht durch. Die Folgen haben sich inzwischen gezeigt. Der Landwirtschaft geht es sehr gut, aber die Lage des Volkes ist von Jahr zu Jahr eine trüblichere geworden. Wir stehen jetzt vor einer Zeit, die fast zur Hungersnot ausartet.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einen ganz besonderen Geniestreich haben sich die Herren Finierer mit der Einführung des Kartoffelzolls geleistet, den sie trotz des Widerpruchs des Fürsten Bülow, der sich doch selbst als agrarischer Reichsfürst bezeichnet hat, beschlossen haben. Dabei gibt es im Deutschen Reich große, weite Distrikte, in denen die Bevölkerung von weiter nichts lebt als von Kartoffeln, und für die der Kartoffelzoll und die gegenwärtige Kartoffelsteuerung geradezu ein Unheil ist. Des Mittags werden die Kartoffel als Suppe, als Brei, als Puffer genossen, des Abends als Pellkartoffel mit ein wenig Leinöl. Daher das Versehen:

Kartoffeln in der Früh, Des Mittags in der Früh, Des Abends in ihrem Kleid, Kartoffeln in alle Ewigkeit.

20 Millionen Menschen in Deutschland haben ein Einkommen unter 900 Mark. Für diese ist die Kartoffel die vorwiegende Nahrung, und es gibt nichts Härteres, als diesen Massen das so dringende Nahrungsmittel zu verteuern. Die Agrarier haben in der Vorannahme des steigenden Kartoffelkonsums auch den Anbau außerordentlich gesteigert; eine Mißernte in Kartoffeln ist deshalb für einen großen Teil des deutschen Volkes als das größte Unheil zu bezeichnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn die Leute können sich keine anderen Nahrungsmittel kaufen, sie sind bereits auf den

niedrigsten Nahrungsmittelpreis

angelangt. Hülsenfrüchte und Gemüse können sie gar nicht mehr bezahlen. Die Arbeiter, die kleinen Beamten, die kleinen Bauern und Tagelöhner leiden daher auf das Allerhöchste unter den gegenwärtigen Zuständen. Nun sagt man, die Löhne sind ja auch entsprechend gestiegen, und will die Löhne mit dem Schlagwort beruhigen: teures Brot, hohe Löhne. Die Löhne sind aber keineswegs in dem Maße gestiegen wie die Nahrungsmittelpreise. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich sehe einen der Herren Agrarier mit dem Kopf schütteln. Nun, die sicherste, unangefochtene Lohnstatistik wird im Deutschen Reich von den Berufsgenossenschaften geführt, in deren Listen jeder Unternehmer die Löhne seiner Arbeiter eintragen muß. Nach diesen Listen hatten wir im Jahre 1906 rund 7 513 000 Arbeiter mit einer Lohnsumme von 7720 Millionen Mark. Im Jahre 1907 war die Zahl der beschäftigten Arbeiter 7 890 000, deren Lohnsumme 8413 Millionen Mark betrug. Im Jahre 1910 war die Zahl der Arbeiter auf 8 291 000 gestiegen, die Lohnsumme betrug 9187 Millionen. In diesen drei Jahren betrug daher der durchschnittliche Lohn des Arbeiters 1027 M. resp. 1069 M. und zuletzt 1108 M. In den letzten drei Jahren war der Lohn also nur

um 39 M. gestiegen,

also um 3,65 Proz., und gegenüber dem Lohn im Jahre 1906 um 8 Proz. Die Nahrungsmittelpreise sind aber um weit über 20 Proz., ja im letzten Teuerungsjahr um 25 Proz. gestiegen. Man hat das letzte Jahr ja als Notjahr bezeichnet und von hoher Stelle aus von einer Färgung des Himmels gesprochen. Unsere Bevölkerung wird aber viel schwerer gepreßt, als durch den Himmel, denn der Himmel kann gar nicht so mitleidlos sein, wie unsere Agrarier. Die „Deutsche Tages-

zeitung“ schreibt allerdings, sie würde die Aufhebung des Kartoffelzoll auf das lebhafteste bedauern. Es würde auch nicht nützen, die Kartoffelpreise würden dadurch nicht sinken, und sie versteigt sich jetzt schon zu der Behauptung, daß die deutschen Arbeiter nicht nur kein ausländisches Obst und kein ausländisches Fleisch, sondern auch keine ausländischen Kartoffeln essen wollen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Was kimmert denn auch die Agrarier das Gland der Hunderttausende, sie verteuern zu eigenem Vorteil noch das Nahrungsmittel der Armen. Die Kartoffel ist ja das armstellige Nahrungsmittel, das es gibt, und doch sind Millionen darauf angewiesen. Die Kartoffelnahrung steht noch hinter der Reismahrung der Japaner und Chinesen zurück. Aber dort entschloßen die Regierungen sich wenigstens zu einem Verbot der Ausfuhr dieser Volksnahrung, bei uns befindet sich die Regierung im Zustande der Erwägung, und sie wird auch noch im Juni in diesem Zustande sein. Unsere Regierung weiß lediglich die Wünsche der Agrarier zu erfüllen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In England entfällt auf den Kopf der Bevölkerung ein Kartoffelverbrauch von 114 Kilogramm pro Jahr, in Frankreich 134 Kilogramm, in Oesterreich 248 Kilogramm, in Deutschland aber 605 Kilogramm.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Engländer und Franzosen sind also Brot- und Fleischesser, die Deutschen aber sind Kartoffelesser.

Tropfen bringen es die Agrarier fertig, noch Massen von Kartoffeln auszuführen, in diesem Jahre 2 1/2 Millionen Kilogramm. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier gilt auch das Wort: „Wer die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit“. Ich kann nur bestätigen, was der Redner über die Stimmung der bäuerlichen Bevölkerung gesagt hat. In meinem Kreise ist die Hälfte der Bevölkerung bäuerlich und ich habe dieses Mal eine

ganz außerordentliche Zunahme bäuerlicher Stimmen

erhalten. Keineswegs etwa, weil wir unser Programm auf dem Lande in die Tische gesteckt hätten. Hätten wir das getan, dann hätten schon die Agrarier dafür gesorgt, in die Welt zu poeimen, was wir für schreckliche Leute sind, die die Zölle abschaffen wollen usw. Wir haben den Bauern selbst ausdrücklich erklärt, daß wir Gegner der Zölle sind, aber wir haben ihnen auch nachgewiesen, daß die Zölle den Kleinbauern nichts nützen. Wir konnten uns dabei auf eine Statistik stützen, die unsere Staatsregierung 1904 auf Antrag des Landtags veranlaßt hat, um festzustellen, wie viele von der landwirtschaftlichen Bevölkerung Nutzen von den Agrarzöllen haben, und wobei die Regierung zu dem Resultat kam,

daß von 100 Landwirten 81 keinen Nutzen von den Zöllen haben, neun einen minimalen Nutzen und zehn von hundert einen bedeutenden Nutzen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich komme in meinem Kreise nur in 56 Dörfern vor, hätten wir alle 156 Dörfer, die der Kreis zählt, so bearbeiten können, so wären die Agrarier vollständig zurückgedrängt worden! Wie groß die Teuerung im allgemeinen ist, beweist die Tatsache, daß bei uns in Thüringen das Pfund Sauer Kohl vor zwei Jahren 6 bis 8 Pfennige kostete, heute kostet es 16 bis 18 Pfennige. (Zuruf im Zentrum: Der ist ja zollfrei!) Ich rede von der Teuerung, um Ihnen zu zeigen, daß die Leute jetzt genötigt sind, zu dem mörderischen Nahrungsmittel der Kartoffel zu greifen. Viel teurer geworden sind auch Linjen, Erbsen, Leinöl, Schmalz und Milch. Für eine Familie, die in einer Woche 4 Pfund Kartoffeln, 2 Pfund Linsen, 1 Pfund Erbsen, 1 Pfund Del, 1 Pfund Schmalz verbraucht, beträgt die Verteuerung beim Konsumverein seit 2 Jahren 3,28 M. pro Woche. Die Kartoffeln sind gestiegen von 2,50 bis 2,80 M. auf 5-6 M., im Laufe der letzten Wochen auf 8 M. Sie werden an die armen Leute, die keinen Keller haben, pfundweise verkauft, das Pfund 8-10 Pf. Wenn ich auch nur 5 Pf. Verteuerung rechne, so macht das bei 4 Pfund bei 5-6 Köpfen 1,40 M. die Woche aus. Das ist also im ganzen 4 Mark 80 Pfennig Verteuerung pro Woche für eine kleine Zahl unentbehrlicher Lebensmittel. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sie wundern sich über die 110 Sozialdemokraten, der Reichs-

Kleines feuilleton.

Eine neue Expedition quer durch Grönland wird von dänischer Seite während dieses und des nächsten Jahres unternommen werden. Die wichtigste Neuerung an der Durchführung ist die, daß diesmal der erste Versuch gemacht werden soll, statt der üblichen Hunde isländische Pferde zu verwenden. Aus diesem Grunde geht die Fahrt zunächst im Mai d. J. nach Island, wo die Pferde ausgewählt und erprobt werden sollen, unter gleichzeitigen geologischen Untersuchungen. Am den 1. August hofft man in Danmarks Havn in Königin-Luise-Land an der grönländischen Ostküste einzutreffen, wo auch seinerzeit der auf der letzten Reise verunglückte Naluss-Griffen zuerst landete. Dort wird überwintert und um den 1. Mai 1913 die Fahrt quer über das Landeis angetreten. Von den mitgeführten 15 Pferden werden 9 vorher als überflüssig getötet; vor dem Endpunkt an der Westküste, Upernivik, ist diesen Sommer ein Depot mit Pferdefuttermitteln errichtet worden. Der Proviant der Reise über das Eis ist auf 3 Monate berechnet, doch hofft man schon am 1. Juli am Ziel zu sein. Die Route geht ungefähr im Zuge des 77. Breitengrades; Ransens berühmte Hundeschlittenfahrt vom Jahre 1858 führte über den 65. Breiten zwei Reisen 1801/02 und 1803/04 über den 78. und 81. Grad. Führer der neuen Expedition ist J. P. Koch, Kartologe und Hauptmann im dänischen Generalstab, der bereits 1900 mit Andrup in Grönland war und 1906-09 an der Naluss-Griffen-Expedition teilgenommen hat. Seine Begleiter sind der deutsche Mineraloge Dr. A. Wegener, Privatdozent in Marburg, der dänische Botaniker Lundager und der Isländer, der für die Pferde zu sorgen haben wird. Die Rückkehr erfolgt nicht sofort nach der Ankunft an der Westküste, sondern erst im Oktober 1913.

Theater.

Königgräber Theater: Königin Christine. Schauspiel von August Strindberg. (Die Buchausgabe erschien im Verlag von Georg Müller in München.) Dies nachträglich zur Strindbergfeier gespielte Drama enttäuschte noch ärger als der neulich aufgeführte „Schwabenbauern“. Bei aller Verworfenheit im einzelnen, war der Dichter hier in seiner Auffassung der Hauptperson, der schuldigen Mutter, bis zum Ende treu geblieben. Christine aber, die Tochter Gustav Adolfs, wird erst als eine himmel- und herzoglich mannstolle Kucke dargestellt, um dann am Schluß des Stückes in bengalischer Kleidung als unverschämte Individualität zu parodieren. Die beiderseitige Ironie schlägt um in einen Ton bewundernder Verliebtheit, die hinter zersahner Plaktheit allerhand verborgene Tiefen sehen will. Dem psychologischen Interesse an der Schilderung eines zur Kolonnenlaufbahn vorbereiteten Weichens, das ein boohafter Witz des Schicksals auf einen Thron verschlägt, bricht dieser poetische, präntische Schluß die Spitze ab. Vielleicht, daß dem Verfasser Zweifel kamen, ob er mit seiner typisch Strindbergischen Charakteristik der Königin nicht die Geschichte allzusehr verzwälgen und daß er nun, um die Sache hinterher ins Gleichgewicht zu rücken, sich zu der wunderlichen Nebenrolle herbeiwendete.

Das Drama spielt vor dem Uebertritt Christinens zum Katholizismus, zur Zeit, da sie zum ersten ihres Vaters Gustav Karl, des späteren Karl X. auf die Krone verzichtete. Rose reihen sich die

Bilder aneinander. In der Kirche bei der Gedächtnisfeier ihres verstorbenen Vaters, fällt ihr der junge Tott auf. Und während die anderen der Predigt lauschen, amüsiert sie sich damit, den Neuling einzufangen für ihre Güntlings-Menagerie. Ihr liebster Zeitvertreib ist es, die Herren, die in ihren Ketten schmachten, gegeneinander auszuspielen und sich an ihrer Eifersucht zu weiden. Amüsiert lacht sie solche Dienste und streut das Geld für Pomp und Feste mit vollen Händen aus. Ihr Kanzler, der berühmte Ogenitzna, hält ihr vor, daß sie Millionen aus dem Staatsfiskus unterschlage. „Klein Christel“ gebärdet sich dabei, wie überall, wenn die Rede auf ihre haarsträubenden politischen Verbrechen und Tölpelereien kommt, wie ein schwächmüthiger Wackisch, der von dem Ernst der Dinge keine blaße Ahnung hat. Blätiger als der Standalprophet, in dem die gegen sie erhobenen Anklagungen gepreßt werden, ist ihr die Sorge um das neueste Model und um die Geschenke, mit denen sie den schwärmerischen Tott erfreuen möchte. Des Jünglings Liebesenthusiasmus freut sie selber an. Unbedenklich verpricht sie Gustav Karl, der auch einmal ihr Liebhaber gewesen, wenn er die nötigen Summen schaffe, abzugeben. Diese Szene, in der Christine spasshaft mit dem Vetter toletierend das königliche Erbe lodend wappweilt, ist eine der marant charakteristischsten. Denn bald nach diesem Höhepunkt wird das Drama ein reines Melodram. Als Pandora verkleidet führt Christine mit Tott in ihrem Pavillon deklamatorisch geschwollene Liebeszungen auf, in deren Verlauf der Verehrer plötzlich, weiß Gott, warum, die Rolle wechselt und die Angebetete vor allem Volk als Diene tituliert. Die Kolotte verläßt sich zur armen Duldetin und brennt, als ob es damit nicht genug wäre, auch noch ein Feuerwerk historischer schillernder gepudrter Phrasen ab: „Ich bin eine - Brandenburgerin. Einmal dachte ich mich mit dem großen Kurfürsten zu verheiraten... denn dort an der Spitze liegt die Zukunft... Ich appelliere an den Geist meines großen Vaters, der sein Leben nicht für Glaubenszwang, sondern für Glaubensfreiheit und Toleranz hingegeben hat“, usw. usw. Gustav Karl muß, vor so viel Weisheit übermannt, allem Ernstes erklären, daß Schwaben für seine schöne Kaufin, deren maßlos enges Köpfchen aus der Dichter eben noch so überzeugend demonstrierte, zu eng gewesen sei!

Götze nicht Irene Friesch den lodenden Reichthum und die boohafte eigenständige Tüde in den ersten Aufzügen zu so wunderbarer lebendigem Ausdruck gebracht, dann würde die Gesamtbilanz des Abends mit einem mächtigen Defizit geschlossen haben. Nur doch in dem gegebenen Rahmen sich Gelegenheit zu einer solchen schauspielerischen Leistung bot, kann den Versuch entschuldigend, ein Wert von so unheilbaren organischen Gebrechen der Bühne zuzuführen. Der Beifall blieb gering.

Schillertheater Charlottenburg: Ahrif-Parth von G. Willen und D. Justinus. Es hat eine Zeit gegeben, da der anheimelnde Doppelpname dieser lustigen Gesangs-Parth schlagwortartig durch ganz Deutschland ging. Das ist genau 30 Jahre her. Nun ist sie wieder aus der Theaterbücherei herbeigeholt worden. Es mit Verechtigung oder nicht bedarf keiner Unterjudung mehr, da das Werkchen anfänglich seiner Wieder-aufführung selbst seine Unverwundlichkeit bewies. Aller Ungeratungen und „Arabentzue“ zum Trost! Denn es muß doch gesagt werden, daß das Berlin von 1881 bis zum Einbruch der „Moderne“ noch sehr anspruchlos war und recht spießbürgerlich

daßte. Was damals als Satire empfunden wurde, mutet uns an wie Sammetpföchen, die nicht kratzen. Und die Gefühlen oder Interessen, die zwischen den Epceathenern und märkischen Klein-füßlern hin und her gingen, kommen uns desgleichen etwas wald-ursprünglich vor. In diesen Pahlbürgerhirnen judt noch kein Witz des Selbstbewußtseins auf. Aber der Humor, ja das war doch was anderes: ein wirklich dem Gemüthe entsprossenes Krautlein, wird man entgehen. Und wir wollen gelten lassen. An der Russt von Gustav Richaelis zumal kann man sich auch noch jetzt erlaben. Schließlich sind die Stürme von Heiterkeit, die wir da mit den Ahrifern und Spritzern erleben, auch noch etwas wert. Ob freilich „bunne-mals“ noch die Weisheit in Reiferzöden und langen Hofen paradierten, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls besteht zwischen jenen „Reinberstedern“ und „Weingeigern“ kein auffälliger Unterschied. Herr Roeren - ständlichschmüffeligen Angedenkens - muß daran seine Freude haben.

Die Erweckung der Bosse mit allem Anstäter Hausrat, mit aller stimmungsvollen Anheimeligkeit des Dekorativen und Szenischen ist vortrefflich gelungen. Dazu bewegen sich die Darbietungen aller Mitwirkenden netreulich im angegebenen Rahmen. Karl Elzer als Vätermeister Ruz, Marie Gundra als dessen Frau Mirke, Max Gultorff als Barbier Naule mit dem hohen „A“ und Direktor Max Patteg als bahrglösender Stadtmausikus stobig sind einig komisch. Fesch führte sich Käthe Lieban als süßholzraspender Sekundaner ein. Nicht zu vergessen sind zwei originelle und witzig pointierte Couplets auf Herrn v. Jagows Kassationsufas (die Pferdebedroschen zweiter Güte betreffend) und auf die rote „Hundertzehn“ mit unserem „Vize“. Das übervolle Haus „Kiechste“ vor Lachen von Anfang bis zum Schluß. e. k.

Notizen.

Bühnenchronik. Lucie Höflich, die sich vor zwei Jahren vom Deutschen Theater verabschiedete, um Familienmutter zu werden, ist dort am Dienstag wieder aufgetreten. Sie spielte unter dem Pseudonym Linda Neuen das Gretchen.

Das Rauch-Museum in der Klosterstraße, das die Originalmodelle zu Rauchs Denkmälern und Wästen enthält, soll nach den Vorschlägen seines neuen Direktors Madotowsky erweitert werden. In einem Neubau, der wegen der Untergrundbahn erforderlich wird, soll die Berliner Skulptur in ihren führenden Meistern, besonders aber Schadow, eine Stätte erhalten.

Theaterfürsten und Theaterköniginnen. Helig Schweighofer soll zwei und eine halbe Million Mark hinterlassen haben, selbst für einen erfolgreichen Komiker ein schöne Summe. Das „Berliner Tageblatt“ bespricht den Fall und knüpft daran die Bemerkung: „Heute gibt es Theaterfürsten und Theaterköniginnen, die so tun, als ob vom Leben der Bühne auch das Leben des Landes abhängt. Sie haben ihren Hofstaat, ihre Schmeichler, ihre offiziöse Presse, sogar ihre Gelehrten. Sie gewinnen Reichthümer, um sie zu verschwenden; eine Million ist ihnen wenig... Bei dieser Steigerung der Bedürfnisse und Impressionen ist es schwer, nach alter Krämerlehre noch etwas zurückzuliegen, wie Helig Schweighofer es getan hat.“

Der Kamenkultus wird natürlich von den Kreisen des „Tageblatts“ verabscheut, und es selber ist nicht die offiziöse, sondern schon die offizielle Presse dieses neuen Heroenkultus.

Langler war ganz untröstlich darüber, das liegt einfach daran, weil ihnen das Verständnis abgeht für die Wirkung ihres eigenen Tuns auf die Bevölkerung. Wir brauchen nicht zu hehen oder scharfe Reden zu führen, wir brauchen den Leuten nur zu sagen: so steht es, das sind die Ursachen, das hat die Folge gehabt. Das genügt, um die Leute gegen die agrarische Forderung mobil zu machen. Natürlich, ein hoher Durchschnitt, der 20-30000 M. Einkommen hat, wart von der Kartoffelnot, von der Unruhe und Erbarmen nicht. Aber ein Arbeiter im Thüringer Wald, der mit 15 M. pro Woche eine Familie von 5-8 Köpfen zu erhalten hat, empfindet es sehr drückend, wenn die Nahrungsmittel um 4 M. verteuert werden, denn das ist fast der dritte Teil seines Verdienstes.

Der preussische Staat läßt seine Steuerzahler unter 900 M. steuerfrei, aber er überläßt sie den Agrariern, die ihnen um so gründlicher die Taschen leer machen. Die zeitweilige Aufhebung des Kartofzellolles, wie sie die Volkspartei verlangt, genügt nicht, denn vom 1. Mai bis August ist gerade die Zeit, wo für die ärmeren Klassen der Kartoffelverbrauch am notwendigsten ist. Deshalb verlangen wir, daß der Kartofzelloll als ungerechtester aller Lölle für immer beseitigt wird. Daß die Teuerung keine nur vorübergehende ist, beweist die Begründung der gotthaischen Regierung zu ihrer Vorlage betreffend Erhöhung der Beamtenbezahlung, worin es heißt, es sei nicht anzunehmen, daß die bisherigen Preise für die notwendigen Lebensmittelbedürfnisse in absehbarer Zeit wieder eine fühlbare Minderung erfahren würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch die Unterernährung des Volkes wird die Verbreitung der Tuberkulose immer größer. Man schreibt Wäcker über die Tuberkulose, gibt Werkzeuge heraus zu ihrer Bekämpfung, aber an das wichtigste Mittel, eine gesunde, kräftige Ernährung für die Bevölkerung zu ermöglichen, denkt man nicht, dem steht die agrarische Weltanschauung im Wege. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aufhebung der Futtermittelzölle

anbelangt, so hat der Vordröner durchaus recht, daß ein großer Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an eine Verbilligung der Futtermittel interessiert ist. Selbst der preussische Landwirtschaftsminister, v. Arnim-Räsdorn meinte, es sei zu befürchten, daß sich die Folgen der Dürre erst in den nächsten Jahren durch Verteuerung der Futtermittel zeigen werden. Freilich Herr Gerstenberger vom Zentrum hat vor einigen Jahren geäußert: Ja, wenn das Fleisch teurer wird, ist man eben weniger fleisch. (Hört! hört! bei den Soz.) Und ein Agrarier vom Zentrum schrie, daß einige Leute von großem Lebensumfange infolge der großen Hitze natürlich ihren Fleischverbrauch eingespart hätten. So behandeln diese Herren die Not des Volkes. In der Kirche beten sie: Unser täglich Brot gib uns heute. Das nun sie in dem Gefühl, daß wenn sie nach Hause kommen, ihr Tisch gut gedeckt ist. Aber sie lassen den Herrgott nicht allein dafür sorgen, sondern greifen wirksam ein durch die Zollgesetzgebung. Den ärmeren Klassen aber hilft das Vieh nichts zur Beschaffung des täglichen Brotes. Sie (nach rechts) nennen sich die besten Stützen des Staates und des Reiches. Aber eine Partei, welche die große Masse der Bevölkerung zur Unterernährung zwingt, raubt dem Reiche die beste Kraft: das Volk. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag wird eine heilige Pflicht erfüllen, wenn er beweist, daß er an die Verhältnisse der Ärmern, die mit der Kartoffelnotung Beklachten denkt. Wenn die Regierung endlich aus dem Zustand der Erwägungen heraustritt und das erlösende Wort sprechen, den Kartofzelloll aufheben würde, zumal sie ihn ja 1902 gar nicht beachtet hat, so würde sie damit großen Streifen der Bevölkerung Erleichterung gewähren, die der Erleichterung dringend bedürfen. Die Tatsache, daß wir 110 Sozialdemokraten hier sind, beweist, daß das Volk sich nach Erleichterung seiner drückenden Lage sehnt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Interpellationen nehmen einen Boden auf, den wir vor einigen Monaten hier eingehend besprochen haben. Sie wissen, daß die Regierung schon vor jenen Erörterungen alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Dürre ergriffen hatte, die notwendig waren. Sie war aber auf Grund eingehender Erwägungen zu dem Ergebnis gekommen, daß eine zeitweilige Aufhebung der Futtermittelzölle grundsätzlich bedenklich und nicht von dem erwünschten Erfolg begleitet gewesen wäre. Ich kann es versichern, daß Sie trotzdem auf diese Dinge wieder zurückkommen und auch die Regierung hat inzwischen eingehend geprüft, ob eine Veränderung der Verhältnisse eingetreten ist, ob sich neue Wege zeigen, um die von Ihnen besagten Mängel zu beseitigen und ob früher erhobene Bedenken etwa hinwegfallen könnten. Nun möchte ich aber feststellen, daß seit dem vorigen Herbst eigentlich nichts geschehen ist, was die Situation wesentlich verschoben hat oder was die damalige Verteilung der Dinge durch die Regierung als unzutreffend erscheinen lassen könnte.

Im Jahre 1910 versahen wir an Ernte und Einfuhr über 16 Millionen Tonnen Brotgetreide, im Jahre 1911 über 18,9 Millionen Tonnen; entsprechend ergab sich auch ein Plus von Getreide und Futter trotz der schlechten Ernte bei uns und im Ausland. An Mais ist trotz der schlechten Ernte mehr eingeführt als im Vorjahre. Ebenso ist es mit den zollfreien Futtermitteln. An Kartoffeln freizügig waren 1910 48,5 Millionen Tonnen vorhanden, 1911 nur 34,9 Millionen Tonnen (Lebhafte Zustimmung! Hört! hört! links), doch sind die Schätzungen unsicher, und der Anfall wird wohl erheblich geringer sein. Weiter tritt zu diesem Kartoffel-Anfall auch ein erheblicher Anfall an Weideweid und Rausfutter. Der Handel hat herangeschafft, was nach Lage der Dinge möglich war; natürlich konnte das nicht zu normalen Preisen geschehen. Die Kartoffelpreise sind in diesem Jahre außerordentlich hoch, aber die steigende Tendenz ist keine allgemeine, wir haben in anderen Nahrungsmitteln auch steigende Preise. Die Fleischpreise haben gegen den Herbst des vorigen Jahres eine wesentliche Minderung nicht erfahren. Von einer Fleischnot kann gar keine Rede sein. — Doch Mais geeignet ist, andere Futtermittel und die Kartoffel zu ersetzen, ist zweifellos, aber doch nur unter der Voraussetzung, daß Mais in genügender Menge herbeigeschafft werden könne. Das kann aber durch die Suspendierung des Maiszolles angedeutet der schlechten Witterung in Amerika nicht geschehen. Nicht einen Sach Mais werden wir herbeibringen, sondern die Futtermittelpreise würden durch die gesteigerte Nachfrage steigen, und den Vorteil davon würden nicht die Viehhalter haben, sondern er würde ihnen bleiben in den Händen des Handels. (Sehr richtig! rechts.)

Auch die französische Deputiertenkammer hat beschlossen, den Antrag auf Aufhebung des Maiszolles abzulehnen, da das keine Wirkung haben würde. Wir bleiben also auf dem Standpunkt stehen, daß aus grundsätzlichen Gründen und wegen der zweifelhaften Wirkung die Aufhebung des Maiszolles nicht in Frage kommt, und ebensowenig die des Zolles auf Futtermittel.

Der Kartofzelloll ist bei uns der Saisonzoll. Er soll die Kartoffel nicht bei uns verteuern und die Einfuhr erschweren. Er soll nur die ausländischen Frühkartoffeln treffen, die als Winterkartoffel nicht eingeführt werden und ein meiner Ansicht nach sehr zweifelhaftes Zugobjekt bilden. Der Zoll soll aber nicht treffen die ausländischen Kartoffeln vorjähriger Ernte, die unter normalen Verhältnissen bis zum 15. Februar bei uns eingeführt sind. Aber bei den abnormen Witterungsverhältnissen dieses Jahres ist das nicht möglich gewesen, und daher haben die beteiligten Ressorts dem Bundesrat vorgeschlagen, für die ausländischen Kartoffeln vorjähriger Ernte den Zoll bis zum 30. April zu erlassen. (Bravo! links.) Ich nehme an, daß ein entsprechender Beschluß des Bundesrats morgen gefaßt wird. Ich betone aber, daß es sich hierbei nicht um eine Durchlöcherung des Zolltarifs handelt, und nicht um eine Abweichung von dem grundsätzlichen Standpunkte der Regierung, sondern es handelt sich

um eine Maßnahme im Sinne einer korrekten Handhabung unseres Zolltarifs. Welchen Einfluß diese Maßnahme haben wird, muß ich dahingestellt sein lassen, hoffentlich wird sie eine Erleichterung bringen im Preis dieses für die Viehhaltung und für die Ernährung so außerordentlich wichtigen Mittels. (Bravo! links.)

Auf Antrag des Abg. Städtgen (Soz.) wird die Suspension der Interpellationen beschlossen.
Abg. Herold (Z.): Die Gesetzgebung kann die Preisverhältnisse nicht regulieren; Herr Voss will unsere Gesetzgebung sogar verantwortlich machen für die Dürre des letzten Sommers. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Wendorf sprach auch von der Kauf- und Klauensteuer. Die wird doch nicht eingeschränkt durch die Aufhebung der Zölle. (Zuruf bei der Volkspartei: Wer hat das gesagt?) Nun, es schien doch so, als ob Herr Wendorf das meinte. (Zuruf bei der Volkspartei: Es schien!) Nun, wenn es keinen Zusammenhang hat, so war es nicht nötig, darauf einzugehen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die hauptsächlichsten Futtermittel sind bei uns zollfrei. (Zuruf links: Mais.) Getreide, Stroh, die Abfallprodukte der Mälzerei, der Zuderfabrikation sind zollfrei. (Zuruf links: Das sind Surrogate.) Das ist ist ganz etwas Neues. (Weiterkeit im Zentrum und rechts. Zuruf links: Lassen Sie sich doch von Dr. Heim belehren.)

Der Getreidezoll beträgt nur 1,80 M. (Zuruf links: Nur.) Zur Zeit der Kapriwischen Handelsverträge war er größer. Der Preis für Futtermittel hat ja eine Höhe erreicht, die auch vom Standpunkt der Landwirtschaft zu beklagen ist. (Zuruf links: Na also! Aber durch die Aufhebung der Zölle tritt eine Verminderung der Preise nicht ein, dadurch wird nicht ein Pfund mehr eingeführt, und der Preis sinkt auch nicht um einen Pfennig. Bei der gesteigerten Nachfrage würde den Nutzen lediglich das Ausland und der Handel haben. Beim Mais liegen die Verhältnisse ebenso, wenn der Zoll da auch 3 Mark beträgt.)

Bei der Einführung des Kartofzellolles wollte man nur für Frühkartoffeln Schutz gewähren. Meine politischen Freunde sind deshalb auch mit der Erklärung des Staatssekretärs in bezug der Verschiebung des Termins für den Kartofzelloll einverstanden. Freilich werden dadurch nicht mehr Kartoffeln eingeführt werden, und der Preis wird nicht sinken, den Nutzen werden auch hier das Ausland und der Handel haben. Aber ein sehr erheblicher Ausfall für die Reichskasse wird nicht entstehen, im Vorjahre sind nur eine Million Doppelzentner Kartoffeln eingeführt worden, der Ausfall für die Reichskasse wird also nur eine Million Mark betragen, aber die Bevölkerung wird an diesem Beispiel erkennen, daß eine solche Maßregel wirkungslos bleibt. Würde eine Wirkung eintreten, was ich nicht glaube, so würden wir das begrüßen, denn dringend wünschenswert ist eine Erniedrigung des Kartoffelpreises. Freilich ist er nicht überall gleich hoch, in manchen Gegenden ist der Doppelzentner selbst für 6,60 M. nicht an den Mann zu bringen. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) — Hohe Futtermittelpreise gehen keineswegs Hand in Hand mit hohen Viehpreisen. Wir haben gegenwärtig z. B. recht hohe Futtermittelpreise, während die Viehpreise, besonders die Schweinepreise keineswegs so hoch sind. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Krahmer (L.): Wir haben gar keine Futtermittelzölle, alle für die Aufsicht des Viehes in Betracht kommenden Futtermittel gehen zollfrei ein. (Zuruf links: Surrogate!) Darauf hat Ihnen ja schon der Abg. Herold geantwortet. Mais kommt als Futter nur für Mästvieh in Betracht, im übrigen ist der Maiszoll ein Getreidezoll, der Mais macht auch unserem Brotgetreide Konkurrenz. Wir müssen aber den Gerstebau unserer Bauern schützen, wenn wir die Bauern existenzfähig halten wollen. Die Interpellationen sind keineswegs so harmlos wie sie aussehen, sie wollen vielmehr eine Dreiecke in unseren Schutz legen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Kampf um den Zolltarif haben wir Konzeptionen beweisen, daß wir die Interessen der Bauern vertreten. (Widerpruch links.) Der Getreidezoll ist zu niedrig, um zu einem gesteigerten Anbau der Getreide zu führen, und deshalb sind die Döselbier, die selbst kein Interesse an einem hohen Getreidezoll haben, im Interesse der Bauern dafür eingetreten. (Zustimmung rechts.) — Würde der Zoll auf Futtermittel und Mais aufgehoben, so würde das Reich einen Ausfall von 80 bis 70 Millionen Mark erleiden. Soll zur Deduktion desselben vielleicht eine neue Finanzreform durchgeführt werden? Diesem Ausfall der Reichskasse stünde kein Sinken der Preise gegenüber. Das beweisen uns auch die Erfahrungen bei den Frucht- und Viehpreisen. (Zustimmung rechts.) Wollen Sie etwa die Viehpreise herabdrücken? Das läge wenig im Interesse der Bauern. Schon heute arbeitet der Bauer bei seiner Viehhaltung mit Verlust. Den Vorteil von solchen Maßnahmen haben nur die großen industriellen Maschinenhalter. (Sehr richtig! rechts.)

Nun zum Kartofzelloll. Der Speiselkartoffelbau liegt zu 88 Proz. in den Händen der kleinen Bauern. In Frankreich hat man einen Kartofzelloll für das ganze Jahr, für den auch die Sozialdemokraten gestimmt haben. Gewiss sind die Preise für Speiselkartoffeln infolge der schlechten Ernte von 1911 jetzt besonders hoch. Aber ich bin überzeugt, daß der Preis sehr bald zurückgehen wird. Soz. Kartoffelgroßhändler haben sich gegen die Aufhebung des Kartofzellolles gewandt. Wir halten diese Aufhebung für zwecklos und derselben Anschauung schenken ja auch der Herr Staatssekretär zu sein. Wir sehen in dieser Maßregel eine Schädigung der Reichskasse und einen Dienst an den Großhändler. (Lachen links.) Die Interpellationen bedeuten einen Ansturm gegen unsere Zollpolitik, an der hoffentlich unsere Regierung festhalten wird. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Wambhoff (nat.): Wir waren bereit, eventuell für eine Suspendierung des Maiszolles bis zur Hälfte einzutreten. Nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs müssen wir diese Frage als eine offene behandeln. Andererseits war ein kleiner Teil meiner Freunde bereit, auch für die Suspendierung des Getreidezolles einzutreten; die überwiegende Mehrheit meiner Freunde ist dagegen. Wir halten nach wie vor fest an der Aufrechterhaltung des jetzt bestehenden Schutzsystems, zumal unter diesem Schutz der nationalen Arbeit ein wirtschaftlicher Aufschwung in Stadt und Land zu verzeichnen gewesen ist.

Mit der Suspendierung des Kartofzellolles sind wir einverstanden. Hoffen wir, daß das neu angefangene Jahr sowohl für die Landwirtschaft wie für die gesamte Bevölkerung ein segensreiches werden möge. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Stubbendorf (Rp.) erklärt sich gegen die Aufhebung der Futtermittelzölle, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Abg. v. Grobök (Vole) erklärt sich im Interesse der auf Kartoffelnahrung angewiesenen Bevölkerungsgeschichten für die Aufhebung des Kartofzellolles.

Abg. Will (Soz.): Bei der Preisbildung sind nicht allein die Zölle maßgebend, sondern auch andere Faktoren. Deshalb sind wir gegen die Suspendierung der Futtermittelzölle. Der Suspendierung des Kartofzellolles stimmen wir zu.

Die weitere Besprechung der Interpellation wird hierauf auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die preussische Steuerkommission

beendete am Dienstag die Generaldebatte. Alle Parteien stimmten darin überein, daß eine gezielte Einarbeitung der Steuerzuschläge zu verzeichnen sei. Die bürgerlichen Parteien waren der Ansicht, daß bei einem so günstigen Stand der preussischen Finanzen eine gezielte Festlegung überflüssig sei, wobei wohl die Abneigung gegen das Zahlen höherer direkter Steuern, wie es namentlich auch durch die dann eintretenden kommunalen Zuschläge sich ergeben würden, den Ausschlag gegeben haben mag! Deshalb wollten Zentrum und Nationalliberale es bei dem probatorischen Charakter der Zuschläge bewenden lassen, während der Freisinn die

Notwendigkeit der Zuschläge überhaupt bezweifelte und sie lediglich als Bedürfnissteuer angesehen wissen wollte.

Der sozialdemokratische Vertreter lehnte gleichfalls nicht nur die Festlegung der Zuschläge, sondern auch deren Weitererhebung ab, zugleich aber forderte er, falls es bei dem Probatorium bleibe, eine Befreiung der Einkommen bis zu 1500 M. von den Zuschlägen.

Die Spezialdebatte wird am Donnerstag beginnen.

Aus der Partei.

Genosse Vebel

ist am heutigen Tage 72 Jahre alt geworden. Wir wünschen an seinem Geburtstag, daß Genosse Vebel noch lange der Partei in geistiger und körperlicher Frische erhalten bleiben möge!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Plakatprozeß.

Man berichtet uns aus Halle a. S.: Unser einheitliches Wahlplakat mit der Empfehlung der zu wählenden sozialdemokratischen Kandidaten, das am Hauptwahltag fast im ganzen Deutschen Reich unbeanstandet herumgetragen und ausgehängt wurde, hatte bei der hiesigen Polizei am 12. Januar Anstoß erregt. Nach der Beschlagnahme erhielten mehrere Genossen Strafmandate auf Grund des preussischen Verordnungs vom 12. Mai 1881. Am Dienstag kam der erste Fall vor dem Schöffengericht zur Entscheidung. Das gelbe Plakat trug hier die Aufschrift: „Wählt Frey Kunert! — Kampf den Volksausbeutern! — Für billige Lebensmittel!“ usw. Der Inhalt der Aufschrift soll unzulässig sein, da der § 9 des Gesetz zur Geschäftsankündigung usw. gestatte. Zum Aufhängen oder Herumtragen jener Plakate an oder vor dem Wahllokale sei eine besondere Erlaubnis erforderlich gewesen. Unser angeklagter Genosse Klemm, der das Plakat auf der Brust getragen hatte und dafür 15 M. bezahlen sollte, berief sich auf den Absatz III des § 48 der Gewerbeordnung, nach dem zur Verteilung von Druckschriften usw. zu Wahlzwecken eine polizeiliche Erlaubnis nicht erforderlich sei. Das Gericht beurteilte unseren Genossen jedoch dem Strafbefehl gemäß. In der Urteilsbegründung hieß es, das preussische Verordnungs vom 12. Mai 1881 werde durch andere Landesgesetze nicht berührt. Der § 9 des Gesetzes spreche vor, welchen Inhalt solche Ankündigungen haben dürfen. Auch für die Zeit der Wahlen gestatte das Gesetz nur Ausnahme, also könnten auch die Bestimmungen der Gewerbeordnung hierbei nicht in Frage kommen. — Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden, denn es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung mehr Gewicht beizulegen ist als den landesgesetzlichen Bestimmungen des alten Preussengesetzes.

Soziales.

Gast- und Schankwirtschaften.

Nach einer Zusammenstellung in der Zeitschrift des kgl. preussischen Statistischen Landesamts sind im Jahre 1900 im Königreich Preußen insgesamt 220 378 Gast- und Schankwirtschaften aller Art betrieben worden, gegen 218 448 im Jahre vorher. 18 609 Betriebe waren nur vorübergehender Natur. Die ständigen Betriebe verteilen sich wie folgt:

Betriebe	1906	1908	1909
ohne Ausschank geistiger Getränke	7 270	8 135	8 362
mit Ausschank geistiger Getränke	180 117	193 358	194 842
davon aussch. Brau- und Wein im Kleinhandel	21 517	22 828	23 021

Trotz der absoluten Zunahme ist doch eine relative Abnahme zu verzeichnen. Während z. B. im Jahre 1908 auf 197 Personen ein Betrieb entfiel, gehörten dazu im Berichtsjahre 1909. Die Abnahme hält schon seit einer Reihe von Jahren an, 1905 kam schon auf 194 Personen ein Betrieb, 1906 kam weiter auf je 190, im Jahre 1908 auf je 174, im Jahre 1909 auf je 172 Stüber ein Betrieb. Auf dem Lande stieg die entsprechende Kopfzahl von 231 auf 225 und dann auf 227. Bei Würdigung dieser Zahlen darf allerdings nicht vergessen werden, daß sie gewissermaßen nur die Gelegenheiten, sich „geistig“ oder alkoholfrei anzuregen, darstellen. Die sozialen Veränderungen, die sich vollzogen haben, kommen darin weniger zum Ausdruck. In den letzten Jahren sind immer mehr Gastwirtschaften in den Besitz von Branereien übergegangen, auch Weingroßhandlungen und Brennereien unterhalten nun in großem Umfang eigene Betriebe. In Berlin z. B. haben einige Firmen mehrere hundert Ausschankstellen für Brau- und Wein errichtet. Der wirklich selbständige Gastwirt führt immer mehr aus. Laufende, die auf eigenen Namen eine Wirtschaft führen, sind in ihrer vollständigen Abhängigkeit als Hypothekengläubiger nur Schankrechte einer Branerei. Die Steuerpolitik im Reich, in Preußen und in manchen Kommunen hat diese Entwicklung gefördert.

Gerichts-Zeitung.

Der Wert von Zeugenaussagen durch Polizeibeamte wurde wieder einmal beleuchtet in einer Verhandlung, die am Mittwoch in der Berufungsinstanz vor dem Landgericht II verhandelt wurde. Auf die Aussagen mehrerer Schuppleute hat das Schöffengericht Rixdorf die Kaufleute Jirngiebel und Schmandt wegen groben Unfugs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beamteneißeidigung zu Geldstrafen verurteilt, wogegen die Angeklagten Berufung eingelegt hatten.

Wenn man die Angaben der Schuppleute hört, die sie in der gestrigen Verhandlung machten, so muß es scheinen, als hätten sich die Angeklagten wie echte Antikes benommen. Sie sollen nachts auf der Straße laut geläutert und den Schuppleuten, die sie deshalb fixierten, lästigen Widerstand geleistet und sie durch Schimpfwörter beleidigt haben. Vor der Wache angekommen, soll einer der Angeklagten einen Schuppleute, der ihnen die Tür öffnete und noch gar nichts mit ihnen zu tun hatte, vor die Brust gestoßen haben, daß er taumelte. Dann sollen die Angeklagten sowie ihre Frauen, die sie begleitet hatten, in der Wachtube geläutert haben, daß die Bestimmung unmöglich gewesen sei und Jirngiebel deshalb in die Wache gesperrt werden müsse, von wo aus er dann die Beamtinnen als Lumpen, Strolche und Spitzhüben ausgehimpft habe.

Vergleicht man mit diesen Angaben der Schuppleute die Angaben der Angeklagten, die durch mehrere einmündige Zeugen bestätigt wurden, dann bekommt man folgendes Bild des Vorganges: Die Angeklagten traten nachts um 1 Uhr aus einem Bierlokal und begrüßten ihre Frauen, die schon vorher hinausgegangen waren, mit einem freudigen Jodel. In der Wache befanden sich die Schuppleute Jariusch und Leuschner. Sie hielten den Jodeler, der den Frauen der Angeklagten galt, für eine Beleidigung und verlangte, daß ihnen, den Schuppleuten, soeben ein Mann entlaufen war, den sie festnehmen wollten, weil sie ihn für den Verläder eines Unfugs in einer Bedürfnisanstalt hielten. Nun särgten sich die beiden Schuppleute auf die Angeklagten, nahmen sie fest und wollten sie nach der Wache bringen. Die Angeklagten wollten sich durch den Wirt des Lokals, das sie soeben verlassen hatten, legitimieren lassen. Auch ein Freund der Angeklagten modte den Schuppleuten Vorstellungen in diesem Sinne. Doch die Beamten wollten davon nichts wissen, sie bestanden darauf, daß ihnen die Angeklagten zur Wache folgten. Nun gingen auch die Frauen und ein Freund mit. Schuppleute Jariusch hielt den Angeklagten Jirngiebel sehr fest am Arm,

Zirngiebel sagte, er gehe auch ohne mich, es sei nicht nötig, ihn so anzupacken, es fehle ja nur noch, daß er gefesselt werde. „Auch das können Sie haben,“ antwortete der Schuttmann, zog eine Fessel aus der Tasche und

schlang sie Zirngiebel um den Arm.

Vor der Wache angekommen, verlangten die Schulleute, die Frauen sollten draußen bleiben, als aber diese sowie die Männer darauf bestanden, daß die Frauen mit in das Wahllokal gingen, erklärten die Schulleute: „Dann sind Sie alle arretiert.“ (Die beiden Frauen sind auch wirklich angezeigt und vom Schöffengericht wegen Beamteneleidigung zu einer geringen Geldstrafe verurteilt worden, wogegen sie keine Berufung eingelegt haben.) Zirngiebel stolperte über die Haustürschwelle und stieß dabei ohne Absicht einen dritten Schuttmann an, der die Tür geöffnet hatte. In der Wachtstube schrien mehrere Schulleute die Arrestierten an. Die Beamten brüllten förmlich, sagte eine der als Zeugin vernommenen Frauen. Nicht wir, sondern

die Beamten haben den Lärm verursacht.

Infolge dieses Spektakels kam der Polizeileutnant aus seiner Wohnung herunter und fragte, wer hier so lärme. Da folgten die Schulleute, das seien die Arrestierten. Zirngiebel wollte sich bei dem Leutnant beschweren. Aber der fuhr ihn an: „Halten Sie den Mund, sonst lasse ich Sie einsperren.“ Als Zirngiebel dann noch ein paar Worte sagte, befahl der Leutnant, ihn einzusperrn. Vier Schulleute packten Zirngiebel und beförderten ihn sehr unsanft in die Zelle. Als sich die Tür hinter ihm geschlossen hatte, rief Zirngiebel: „Ich blute ja, lassen Sie mich hinaus, ich bin doch kein Lump, kein Strohhalm, kein Spießhahn.“ Zirngiebel wurde denn auch bald freigelassen. Als er aus der Zelle kam, hatte er über dem Auge eine blutende, 2 1/2 Zentimeter lange Wunde.

Die Schulleute behaupten, Zirngiebel habe eine zum Wachtzimmer führende Tür mit dem Fuße aufgestoßen, und beim Zurückschließen müsse ihn die Tür getroffen und verletzt haben. Dem widerspricht aber die Tatsache, daß die Wunde in wogender Richtung verlief, während eine Türschwelle doch nur eine senkrechte Wunde verursachen könnte. — Zirngiebel selbst ist der Ansicht, einer der Beamten müsse ihn beim Hineinziehen in die Zelle mit einem Schlagring verletzt haben.

Uebrigens hat keiner von Zirngiebels Begleitern vor seiner Einsperrung in die Zelle eine Verletzung an ihm bemerkt. — Nach Angabe eines Entlastungszeugen hat der Polizeileutnant, als der Angeklagte Schwandt sich auf der Wache an ihn wandte, gesagt: „Sie verflochten Schwein, halten Sie den Mund, Sie trinken ja nach Schnaps.“

Aus dem

Ergebnis der Beweisaufnahme

Zog der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Halpert, den Schluß, daß die Anklage und die Verurteilung in erster Instanz auf irrthümlichen Angaben der Beamten beruhe, gegen die ein Disziplinarverfahren schwebt, welches nach Abschluß dieses Strafprozesses erledigt werden soll. Es scheint, daß sich der Richter erster Instanz ganz auf den Standpunkt der Beamten gestellt und ihnen trotz der entgegenstehenden Zeugenaussagen Glauben geschenkt habe, eben weil sie Beamte sind. Deshalb befindet sich denn auch im Urteil erster Instanz ein Passus, der moniert werden müsse. Das Urteil sage, es sei strafschärfend anzunehmen, daß der Angeklagte Zirngiebel eine Beschwerde gegen die Schulleute eingereicht habe. Weiter sage das Urteil, es sei eine Dreifachthat, daß Zirngiebel behauptete, er müsse seine Wunde durch den Schlagring eines Schuttmanns bekommen haben. Ein Richter, der sich auf einen solchen Standpunkt stelle, beweise, daß er vereinigt sei gegen den Angeklagten, und daß er sich lediglich auf den Standpunkt der Beamten stelle, die doch in der Sache Partei seien, wenn sie auch als Zeugen erscheinen und unter Eid ihre Aussage gegen die Gegenpartei machen können. Hier siehe Kaufsage gegen Kaufsage. Die Angaben der Beamten dürften nicht höher bewertet werden wie die Aussagen der anderen Zeugen. Die Beamten hätten den Angeklagten gegenüber einen Mißgriff begangen, ihre Aussagen könnten nicht ausreichen zur Verurteilung der Angeklagten.

Auch der Staatsanwalt erklärte es für bedenklich, die Angeklagten auf Grund der heutigen Beweiserhebung zu verurteilen, da die Zeugenaussagen in schroffem Widerspruch ständen. Er beantragte Verlegung und Ladung des Polizeileutnants, der als Unbeteiligter die Sache vielleicht aufklären könne.

Das Gericht lehnte diesen Antrag ab. Das Urteil ging dahin: Die Festnahme der Angeklagten durch die Schulleute Jurisch und Genschner war nicht berechtigt, aber sie handelten in einem entschuldbaren Irrtum. (1) Von einem strafbaren Widerstand kann demnach keine Rede sein, denn es lag keine rechtmäßige Amtsausübung vor. — Die Angeklagten wurden von der Anklage des groben Unfugs und des Widerstandes freigesprochen, aber wegen Beleidigung jeder zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Kampfbild einer Wahlrechtsdemonstration vor dem preussischen Oberverwaltungsgericht.

Bei der Polizeistatue auf Wahlrechtsdemonstranten in Neumünster (Schleswig-Holstein) am 18. Februar 1910, die seinerzeit starke Erregung und großes Aufsehen erregte, erhielt der Fabrikarbeiter B. Lehmann durch den Säbelhieb des städtischen Schuttmanns Horn eine Rückenwunde, die von der rechten Schulter quer über den Rücken bis zur linken Hüfte sich zog und dazu führte, daß L. zusammensank. 24 — vierundzwanzig — Wochen lang war er arbeitsunfähig. L. verklagte den Schuttmann Horn auf Zahlung von Schadenersatz in Höhe von 4,78 M. Der Kläger machte folgendes geltend: Er sei mit anderen Verammlungsteilnehmern aus der „Tonhalle“ gekommen, wo eine von den drei Protestversammlungen stattfand, welche am 18. Februar 1910 in Neumünster sich mit der dem Landtage zugegangenen Wahlrechtsvorlage beschäftigte. Quer über die Straße hinweg sei eine Schuttmannslette aufgestellt gewesen, die es verhinderte, nach der inneren Stadt zu kommen. Die Massen sollten nach außen abgedrängt werden. Kläger habe sich in einem Trupp befunden, der von dem belagerten Schuttmann Horn verfolgt worden sei. Kläger sei hinten gewesen und habe vergeblich versucht, an den Häusern entlang, vorbei an der Masse, nach seiner Wohnung zu gelangen. Die Leute seien eingeleitet gewesen. Jedenfalls sei es unmöglich gewesen, vorbeizukommen oder vorwärts zu kommen. So habe er, Lehmann, hinten bleiben müssen. Er habe, wie auch die anderen neben ihm, keinerlei Widerstand geleistet. Pöblich habe der Schuttmann Horn auf die Menschen eingehauen. Nachdem er bereits einen anderen verletzt hätte, habe H. dem Kläger jenen wuchtigen Hieb über den Rücken versetzt, ohne daß Kläger sein Kommen bemerkt habe.

Vorher es in diesem Zivilstreit zu einer gerichtlichen Verhandlung kam, erholte die Regierung zu Schleswig zugunsten des belagerten Schuttmanns den Konflikt und verlangte Einstellung des Verfahrens, weil der Schuttmann nur in Ausübung seiner Amtsbefugnisse gehandelt habe. Es habe nämlich der Polizeikommissar Guymann, als die Menge einer dreimaligen Aufforderung zum Auseinandergehen nicht gefolgt sei, den Schulleuten den Befehl gegeben, einzuhauen. Die Schulleute, darunter Horn, hätten den Befehl befolgt. Für den Befehl selbst sei nur der Kommissar verantwortlich.

Sichtlich der Erwidlung der Dinge wurde im Konflikt Bezug genommen auf das Urteil des Landgerichts Kiel, durch das im Strafprozeß Landorf und Genossen Strafen bis zu 50 M. und von fünf Tagen bis zu einem Monat aus Anlaß der Wahlrechtsdemonstration ausgesprochen wurden. Danach hat der Kommissar, der von seinem Vorgesetzten die Anweisung hatte, einen etwaigen Demonstrationszug nach dem Innern der Stadt und zur Wohnung des Bürgermeisters zu verhindern, den Befehl zum Einhauen gegeben, weil die Menge trotz dreimaliger Aufforderung sich nicht nach dem Süden zu zerstreut habe. — Der Kläger ist nicht angeklagt worden.

Das Oberverwaltungsgericht beschäftigte sich am Dienstag mit der Sache.

Der Privatkläger Lehmann war persönlich erschienen. Er betonte, es sei schon wegen der von der Polizei freigelassenen engen Straßen unmöglich gewesen, daß sich die Menge von 3000 bis 4000 Menschen zerstreute, wie man es wollte.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung für begründet, so daß das Verfahren gegen den Schuttmann Horn endgültig einzustellen ist. Begründend wurde ausgeführt: Daß Kläger durch den Befehl des Kommissars in ganz bedauerlicher Weise zu Schaden gekommen sei, darüber stehe ja kein Zweifel. Das glaube er (der Präsident v. Bitter) nicht nur für seine Person, sondern auch für den Gerichtshof aussprechen zu dürfen. Hier sei aber nur die Frage zu entscheiden, ob dem belagerten Schuttmann eine von ihm vertretbare Schuld treffe, d. h. eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse vorliege. Das sei zu verneinen, weil Horn lediglich dem Befehl seines Vorgesetzten gefolgt sei. Den Befehl seines Vorgesetzten habe er befolgen müssen. Wenn dabei jemand unschuldig zu Schaden kam, dann könne der Schuttmann nicht haftbar gemacht werden.

Und wie stehts mit der Schadenersatzpflicht des Kommissars?

Aus Industrie und Handel.

Dankfusion in Amerika.

Aus New York wird die Verschmelzung der Bankers Trust Company gemeldet, zweier Geldinstitute, die zu der Interessensphäre der Morgangruppe gehören.

Der Bankertrust, der im Jahre 1908 gegründet wurde, ist seit der im Vorjahre erfolgten Aufnahme des Mercantiletrust den Depositen nach das zweitbedeutendste Institut des Landes und wird nur übertroffen von der Nationalcitybank. Die Depositen der neuen Kombination betragen 200 Millionen, das Surplus 18 Millionen

Dollar. Wie das „Berliner Tageblatt“ dazu erfährt, sind die Konzentrationen im Morgantrust damit nicht als abgeschlossen zu betrachten, da in naher Zeit auch die Guaranty Trust Company der neuen Kombination angeschlossen werden soll. Diese wurde im Jahre 1909 aus dem Nachlaß Harrimans von Morgantrust aufgekauft und nahm kurz darauf den Morgantrust sowie den Fifthavenustrust auf, womit ihre Depositen auf 150 Millionen Dollar stiegen. Der Bankertrust wird sein Kapital von 5 auf 10 Millionen Dollar erhöhen. Der augenblickliche Kurs der Aktien des Bankertrust beträgt 750 Prozent. Der Kurs der Aktien des Morgantrust 375 Proz. Die nunmehr unter der Kontrolle Morgants stehenden Banken und Trustkompagnien verfügen insgesamt über 124 Millionen Dollar Resourcen bei 88 Millionen Kapital und 934 Millionen Depositen. Gegen diese beispiellose Geldmacht, der eine willkürliche Beherrschung sowohl des Geldmarktes als auch einer großen Reihe von Industrieunternehmen vorgeworfen wird, ist eine jetzt vor dem Kongreßhaus schwebende Untersuchung gerichtet, die voraussichtlich ebenso wenig wie frühere Versuche irgend ein greifbares Resultat ergeben wird. Wahrscheinlich werden in der neuesten Amalgamierung einen Beweis dafür, daß die Regierung angesichts der Wahlkampagne weitere Drangsalierungen aufgegeben hat.

Aus der Frauenbewegung.

Eine öffentliche Frauenversammlung.

welche die Genossen des vierten Wahlkreises am Dienstag nach Braumanns Saal in der Kunzstraße berufen hatten, war äußerst stark besucht, und zwar zum großen Teil von Frauen und Mädchen, die dem Vortrage der Genossin Luise Zich über das Thema: „Was haben die Frauen vom Reichstoge zu erwarten?“ mit lebhaftem Interesse folgten. Die Rednerin begann mit einem Hinweis darauf, daß unser Wahlrecht berechtigter Freude in unseren Reihen, Bestürzung und Verwirrung in bürgerlichen Kreisen erregt hat. In dem Wunsche, den Aufstieg der Sozialdemokratie zu hindern, sind alle bürgerlichen Parteien einig. Wir aber wissen, daß sich unser Aufstieg nicht hindern läßt, und daß die Sozialdemokratie weiter von Erfolg zu Erfolg schreiten wird. In der Thronrede wurde angeklagt, die Sozialreform solle so wie bisher weitergeführt werden. Das ist keine vertrauensverdienende Verheißung, denn seit Jahren ist die Sozialreform verschlechtert worden. Wenn sie in dieser Richtung weitergeführt werden soll, dann danken wir dafür. Wir verlangen einen derartigen Ausbau der Sozialreform, daß sie den unter der kapitalistischen Ausbeutung leidenden Arbeitern und Arbeiterinnen eine Stütze bietet. Wenn wir hören, daß die Thronrede von der Notwendigkeit einer Verstärkung der Wehrmacht spricht, so wissen wir, daß diese Verstärkung der Kolonial- und Weltpolitik dienen soll, gegen die wir entschieden protestieren. Die Frauen haben ganz besonders Ursache, sich diesem Protest anzuschließen, denn ihre Söhne und Männer sind es, die die Gut- und Blutopfer bei den Kriegen, in die uns diese Politik stürzt, zu tragen haben. Mit der größten Entschiedenheit haben die Frauen auch gegen die herrschende Sozialpolitik zu protestieren, die schuld ist an der gegenwärtigen Teuerung, die das Volk ausfaßt und den Agariern die Tasche füllt.

Was haben wir von diesem Reichstoge, falls er nicht aufgelöst wird, zu erwarten? Unsere Parteigenossen haben bewiesen, daß sie, wie bisher so auch in Zukunft, die Interessen des Volkes mit aller Macht vertreten werden. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die schon am ersten Tage Anträge eingebracht hat, die sich auf die Rechte der Frauen beziehen. Die Fortschrittler rühmten zwar die Hilfe, welche ihnen die Frauen bei der Wahl, besonders im ersten Berliner Kreise, geleistet haben, aber sie danken nicht daran, daß Wahlrecht für die Frauen zu fordern. Die Frauen unserer Partei haben bei den verflochtenen Reichstagswahlen ein so großes Maß von Arbeit geleistet wie nie zuvor. Sie haben damit bewiesen, daß sie politisch reif sind und daß sie Anspruch haben auf das Wahlrecht, welches unsere Genossen für sie fordern, damit sie gemeinsam mit den Männern den Kampf für die Ziele unserer Partei führen können. Die proletarischen Frauen haben die Pflicht, zu bekunden, daß sie hinter dieser Forderung stehen und sich der Organisation der Sozialdemokratie anschließen. Wir betrachten den großen Wahlsieg der Sozialdemokratie als eine Etappe zur Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse, zur Beseitigung der ungerechten Wirtschaftsordnung und ihrer Ersetzung durch die sozialistische Gesellschaft, die jedem ein menschenwürdiges Dasein garantiert. — Der wirkungsvolle Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Für alle Hausangehörigen findet Sonntag, den 25. Februar, abends 7 Uhr, in den „Corona-Festhallen“, Kommandantenstr. 72, eine große Versammlung statt. Herr Max Grünwald spricht über: „Was erwarten wir vom neuen Reichstoge?“ — Nachdem gemüthliches Beisammensein und Tanz.

Kavon-Geife

eine neuartige Haushaltseife

von

fabelhafter Waschkraft.

Das ist eben der ungeheure Vorzug der Kavon-Geife, daß alles, was im Hause überhaupt zu waschen ist, mit dieser Seife ohne jedes weitere Waschmittel gewaschen werden kann: Die einfachen Wäschestücke, wie Hemden, Taschentücher, Bett- und Tischwäsche, Schürzen usw. selbstverständlich, — aber was erstaunlich ist, das ist, daß man auch alle empfindlicheren Sachen, wie Wollsaachen, feinere Spitzen und Gewebe, Gardinen usw. mit der Kavon-Geife waschen kann, ohne daß das sonst immer so ärgerliche Farberverlieren, Sinlaufen, Verfilzen oder Verbleichen eintritt.

Es ist einfach eine Pracht.

Es ist jeder Hausfrau aufs dringendste anzuzurufen, unbedingt einmal einen Versuch zu machen, und sie soll zu diesem Waschversuch empfindlichere oder besonders verschmutzte Sachen nehmen. Man wird die Wäsche nicht wiedererkennen, so schön ist sie geworden.

Ein Stück Kavon-Geife (Preis 20 Pfennig) genügt zu diesem Versuch vollständig. Mit einem Stück Kavon-Geife kann man einen ganzen Haufen Wäsche und andere Sachen waschen. (Achtung! Die Kavon-Geife gibt sofort Schaum. Starke Aufbrüden wie bei anderen Seifen ist unnötige Verschwendung! Bei richtiger Behandlung muß man mit halb so viel Seife wie sonst auskommen.)

Wer mit Kavon-Geife einmal gewaschen hat, nimmt keine andere Seife wieder.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sonntag, den 25. Februar 1912, vormittags 10 Uhr,
finden in untenstehenden Lokalen

Bezirksversammlungen

Katt, zu deren Besuch die in dem Bezirk wohnenden Mitglieder eingeladen sind.

- Ablershof bei Paschin, Reher Straße 1.
- Alt-Glienitz bei Dürre, Köpenicker Straße 6.
- Charlottenburg im „Volkshaus“, Rosinenstraße 3.
- Friedrichsfelde bei Sommerfeld, Riquelstraße 70.
- Friedrichshagen bei Verhe, am Hundtoll.
- Friedenau bei Stein, Rönnebergstraße (Ede Handjerystraße).
- Groß-Dichterfelde bei Wahrensdorf, Bätestraße 22.
- Johannisthal bei Gobin, Raonstraße 2.
- Köpenick bei Stippelkohl, Schönerlinder Straße 5.
- Lantwih bei Schulze, Mühlenstraße 23.
- Lichtenberg bei Videnhagen, Scharnweberstraße 60.
- Mahlsdorf, Berliner Straße.
- Mariendorf bei Löwenhagen, Chausseestraße 27.
- Mariensfelde bei Schuster, Kirchstraße.
- Neutölln in „Vartisch Festfälen“, Hermannstraße 41.
- Ober-Schöneeweide bei Berger, Wilhelminenhofstraße 79.
- Pankow im „Türkischen Belt“, Breitestraße 14.
- Reinickendorf bei Anders, Hauptstraße 51.
- Schmargendorf bei Bartel, Barnemünder Straße 6.
- Schöneberg in den „Neuen Nathausfälen“, Reiningen Straße 8.
- Steglitz bei Heismann, Florastraße (Ede Dünterstraße).
- Tegel bei Ringler, Schlieperstraße 64.
- Teltow bei Bonow, Berliner Straße 16.
- Tempelhof bei Becker, Berliner Straße 41.
- Wilmerdorf im „Viktoriagarten“, Wilhelmsau 114.
- Weißensee bei Penkert, Berliner Allee 151.
- Zehlendorf bei Mielich, Potsdamer Straße 125.
- Moabit in der „Vahenhofer Brauerei“, Turmstraße 25/26.
- Norden I und II bei Obiglo, Schwedter Straße 23/24.
- Nordosten bei Spaeth, Georgenkirchstraße 65.
- Osten I in den „Andreas Festfälen“ (oberer Saal), Andreasstr. 21.
- Osten II bei Schröder, Frankfurter Allee 127.
- Südosten bei Wollenberg, Raumbstraße 6.
- Süden im „Märkischen Hof“, Admiralsstraße 18c.
- Südwesten bei Maah, Bergmannstraße 97.
- Oranienburger Vorstadt bei Bruder, Schlegelstraße 9.
- Wedding bei Preppernan, Pajewaller Straße 3.
- Westen bei Nizle, Dennewitzstraße 13.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Wahl des Zweigvereinsvorstandes, der Revisoren, der Beschwerdekommission und der Schiedskommission. Der Zweigvereinsvorstand.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Verwaltungsstelle Berlin.

Geschäftsstelle: C. 54, Rulandstr. 10 I. Fernsprecher: Amt Norden, 4518

Gruppen-Versammlungen.

Freitag, den 23. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal 11, Engelauer 15:

Weiß- und Malzbierbrauerei-Arbeiter.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Wahl der Gruppenleitung. 3. Verbandsangelegenheiten.

Sonntag, den 25. Februar 1912, nachmittags 2 Uhr,
bei Voeler, Weberstr. 17:

Braner und Hilfsarbeiter im inneren Betriebe, Handwerker, Maschinisten, Heizer, Handwerker - Hilfsarbeiter, Kohlenhändler und Abschmierer.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Franz Rothenfelder über: „Christentum und Kapitalismus“. 2. Wahl der Gruppenleitung. 3. Verbandsangelegenheiten.

Dienstag, den 27. Februar 1912, abends 8 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, gr. Saal:

Flaschenkeller-Arbeiter und Verschiedene.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Wahl der Gruppenleitung. 3. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 29. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelauer 15:

Fahrpersonal, Hofarbeiter u. Stallente.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Wahl der Gruppenleitung. 3. Verbandsangelegenheiten

Kollegen! Die wichtige Tagesordnung macht es Euch allen zur strengsten Pflicht, Mann für Mann in diesen Versammlungen zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungsrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Postamt 100.

Kein Abzahlungsgeschäft. 1206*

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Palmona

(Pflanzen-Butter-Margarine)

Ist von feinsten Süßrahmbutter durchaus nicht zu unterscheiden. Wer das nicht glauben will, streiche sich ein Palmona-Butterbrot und überzeuge sich selbst!

Probieren geht über Studieren!
Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick. durch. Zutaten von 25 Mark an. Moritz Lahand, Neue Promenade 8, II. (Städt. Biers.)



Knorr-
Hahn-
Maccaroni

eine hochfeine, sehr nahrhafte
Speise, unübertroffen im
Geschmack.

Geschäfts-Eröffnung!

Sonnabend, den 21. d. Mts., eröffne ich Reichenberger Straße 178, 2 Treppen, ein

Herren-Garderoben-Geschäft.

Da auf meiner Ware keine teure Ladenmiete noch Personalunkosten ruhen, kann ich gut und billig liefern. Jeder Kunde erhält am Eröffnungstage bei Bestellung eines Anzuges eine Weste gratis und beim Kauf fertiger Sachen ein Vortiergeld. 1145

F. Drobek, Herrenschneider, Reichenberger Str. 178 II. am Kottbuser Tor.

Die reellsten und billigsten
Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stuhlarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

Vismingfer! *alles mit dir geht auf dich selbst*
Goldfisch nicht

Gesundheitstabak.
J. Goldfarb.
Preuss. Stargard.
D.R.W. 2.106.52

Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabaka do zazywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Konfirm-Amerini

folgtan

im Entenaufer Hof
Mitgliedern

Floßbrönn-Floßfahmbimen

Reisfan.

Die Qualität ist hervorragend!

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Zimmer noch Nischelwerder,
an der neuen Beerstraße beim Alten Freund.

SÄNGER:
REDNER:
RAUCHER:

WYBERT TABLETTEN

schützen Sie vor:
HUSTEN
HEISERKEIT
KATARRH

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.-

die Stadt voll und ganz umgerichtet werden. Das müsse man der Stadterordnetenversammlung dringend vor Augen führen. Nachdrücklich unterstrich Cohen noch die Ausführungen des Referenten, daß es unumgänglich notwendig sei, eine Verlängerung der Arbeitszeit und im Anschluß daran bessere Löhne zu erstreben. Weiter müsse gefordert werden anständige Behandlung, was voraussetze, daß auch die Arbeiter gegeneinander anständig handeln und ferner ausreichender Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Um diese vier gewerkschaftlichen Grundforderungen durchzuführen, dazu bedürfte es einer geschlossenen Einigkeit. Diese mache stark, darum sei sie auch den Unternehmern unangenehm und darum versuchten diese stets mit allen Mitteln, die Solidarität der Arbeiter zu zerstören.

Ein christlicher Straßenbahner griff die Sozialdemokratie an und entwickelte dabei so krause Ideen, daß sich der Versammlung eine unüberwindliche Heftigkeit bemächtigte. Der liebe Gott habe den Kapitalisten das Kapital zur Verwaltung übergeben, und daraus sollte man ihnen keinen Vorwurf machen (11).

In seinem Schlusswort erklärte Orthmann, daß es nicht sehr tapfer von dem Vorgesetzten, Herrn Zippertling, sei, erst anzugreifen und dann schweigend zu verschwinden. Im übrigen war es ihm ein Leichtes, den Herrn abzuführen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute, am 20. Februar 1912, in den Sophienböden tagende Versammlung der Angestellten, Handwerker und Arbeiter der Berliner elektrischen Straßenbahn-Aktion-Gesellschaft sind mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Namensänderung des Betriebs nicht den gehegten Hoffnungen des Personals entspricht, weil die Betriebsüberänderung fast keinerlei Vorteile für die Arbeitnehmer mit sich bringt.

Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß ihre gerechten Wünsche betreffs Umwandlung der Unterhaltungsstelle in eine Pensionskasse, sowie Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur durch festen Zusammenschluß in den zuständigen Organisationsrat erfüllt werden können. Die Versammlung verpflichtet sich deshalb, für den Ausbau derselben mit allen Kräfte Sorge zu tragen zu wollen, damit zu geeigneter Zeit die schon

jahrelang säubenden Verhandlungen endlich zum Nutzen des Personals geregelt werden.

Ueber die politische Lage sprach am Dienstag der Reichstagsabgeordnete für Freiberg, Genosse Wendel, in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den fünften Berliner Reichstagswahlkreis, die in den „Rustkesseln“ stattfand. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorredner Friedländer den seit der vorigen Versammlung verstorbenen elf Mitgliedern einen ehrenden Nachruf. Sodann würdigte Genosse Wendel in einem etwa anderthalbstündigen Vortrage, wie sich die politischen Verhältnisse in letzter Zeit entwickelt und gewissermaßen umgestaltet haben. War der Deutsche Reichstag früher noch dem Ausdruck Bismarcks nichts weiter als ein Feigenblatt des Absolutismus, so liegt die Sache heute so, daß die ganze politische Welt nach dem Deutschen Reichstag schaut und lebhaftes Interesse an den Vorgängen nimmt. Alle großen Kämpfe werden sich auch in Zukunft um den Imperialismus drehen. — Der Redner gab sodann in großen Zügen eine umfassende Kritik der imperialistischen und weltpolitischen Bestrebungen, zeigte, welche verbunden sind, die ja übrigens auch für die europäischen Völker immer von neuem die Gefahr des Weltkrieges mit sich bringt. Durch das Erwachen der asiatischen Völker wird das Gebiet, das der europäische Imperialismus sich zu eigen machen kann, immer mehr eingeschränkt, und der Kapitalismus kommt allmählich dahin, sich wie ein von Tollwut ergriffener Riese zu gebärden. Unter diesen Umständen muß es unsere Aufgabe sein, ihn an Armen und Feinen festzuhalten, damit er sein Unheil nicht ausbreitet. Für uns gilt es, dieses ganze wahrwichtige Enten zu bekämpfen und dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk sein Vaterland erst einmal gewinnt. Der Redner wandte sich sodann den neuesten Vorgängen im Reichstags zu und hob mit aller Bestimmtheit hervor, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt ist, im Reichstags eine große Grobpolitik nach böhmischem Muster zu betreiben. Sie hat ihre Siege aus eigener Kraft errungen und wird demgemäß auch ihre Kämpfe im Reichstags aus eigener Kraft führen. Demgemäß hat sie auch

bei der Präsidentenwahl die höchsten Verpflichtungen abgelehnt, die nach den Gepflogenheiten der bürgerlichen Parteien mit solchen Stellungen verbunden sind, aber weder in der Geschäftsordnung des Reichstags noch in der Verfassung des Reichs vorgegeben sind. — Der Redner schloß mit den Worten: Die Sozialdemokratie wird mit Ehren aus diesen Wirren hervorgehen, und die Tatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen: Es geht geradeaus zum Ziel, und das Kommando heißt: Vollschritt voraus! — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Nach Beendigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Die öffentliche Versammlung für das Stralauer Viertel, die am Dienstagabend für den vierten Wahlkreis nach den „Rustkesseln“, Markgrafendamm, einberufen war, fand unter außerordentlich starkem Besuch statt. Kaum ein Stuhlplatz war noch zu haben, bis an die Ausgänge drängte sich die Menge. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Versammelten dem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Otto Buchner, der ein Bild von den jetzigen Verhältnissen im Reichsparlament entwarf und den glänzenden Aufstieg der Sozialdemokratie feierte, die als stärkste Fraktion aus den Wahlen zum Schrecken aller Gegner hervorgegangen sei. Der Redner ging auf den Kampf um das Präsidium ein und erklärte unter dem lauten Beifall der Versammelten, daß die anderen Parteien sich drehen und wenden mögen, wie sie wollen; sie würden die Sozialdemokratie nicht mehr los, die mit 4 1/2 Millionen Stimmen hinter sich eine Macht bedeute, die respektiert werden müsse. Der Vortragende wandte sich dann den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion zu, die er begründete und erläuterte; er besprach auch die Möglichkeit der Auflösung des Reichstags, die in unserer Partei nur neuen, frischen Kampfesmut auslösen würde. Mit einem frohen Ausblick auf die weitere Entwicklung der Partei schloß der Vortrag, der mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. — Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende mahnte in seinem Schlusswort zur Stärkung der Parteiorganisation durch Beitritt zu den Wahlvereinen und brachte ein dreifaches Hoch auf die Partei aus, in das die Versammelten begeistert einstimmten.

Unserem Genossen u. Sängers
Wilhelm Moshage
zu seinem 70. Geburtstag
ein donnerndes Hoch! Die
Genoss. a. d. Fr. 7. W. W.
Unserem Bezirksführer
Heinrich Wier
nebst Frau Gemahlin die
herzlichsten Glückwünsche zur
silbernen Hochzeit.
Die Arbeiter u. Arbeiterinnen
der Firma H. Gärtner.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
Nieder-Barnim.
Bezirk Lichtenberg.**
Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Arbeiter
Karl Krüger
Kronprinzstr. 15
verstorben ist. 14/5
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 24. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle in Wargahn aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Bezirksleitung.

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Bierfahrer
Albert Pommerenke
am 17. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Privatfahrer vom Mühlentor
Julius Köhler
am 20. d. M. im Alter von
47 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 23. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Johannes-Friedhofes,
Barjasstraße, aus statt.
62/5 Die Bezirksverwaltung.

*Ein spanischer
Gonorrhoe nimmt
Gonorrhoeus Wurzeln.
Ihr Gafalt muß's!*

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel.
Bezirk 2081.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Gastwirt
Heinr. Horstmann
Lohnhof 18
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 23. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des St. Johannes-Friedhofes,
Barjasstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Turnverein „Fichte“
Allen Turngenossen, Freunden
und Bekannten die traurige Mit-
teilung, daß unser langjähriges
Mitglied und treuer Turnkamerad
Karl Haryneck
am Montag früh plötzlich und un-
erwartet verstorben ist. 117/8
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung wird noch be-
kanntgegeben.
N. Männer-Abteilung.

**Verband der Gemeinde- und
Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.**
Durch den Tod ist uns unser
Kollege
Hermann Gundlach
von der Section Postverwaltung
entfallen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, d. 22. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Invalidenfriedhofes in
Helmstedt, an der Berliner
und Köpenickerstr., aus statt.
33/11 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Stralauer Viertel)
Bezirk 2081.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Weber
Gustav Hagen
Stralauer Allee 17a
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Invalidenfriedhofes in Friedland-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.**
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Werk-
zeugmacher
Wilhelm Schütz
am 19. d. Mts. an Bauchfell-
entzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 23. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Invalidenfriedhofes in
Friedlandfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
112/15 Die Ortsverwaltung

Unermartet verstarb am Dienst-
tag, den 20. Februar, nach kurzem
Krankenslager unser lieber Kollege,
der Schiffheuer
Ernst Weinhold
im 53. Lebensjahre.
Sein allzeit kollegiales, liebens-
würdiges Wesen sichern ihm ein
traues Andenken über den Tod
hinaus!
Die Beerdigung findet am Dienst-
tag, den 23. Februar, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Invalidenfriedhofes, Fried-
landstraße, aus statt.

**Sozialdemokratischer Verein
für den
5. Berliner Reichstagswahlkreis.**
Am Montag, den 19. d. Mts.,
verstarb unser Parteigenosse, der
Schiffheuer
Richard Hoch
(1861. Ia.).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 22. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, an dem Georgen-
Kirchhof, Weihensee, Köpenicker-
str. 221/2
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Dienstag, den 20. Februar,
verstarb nach kurzem Leiden
meine liebe Frau und gute
Mutter
Anna Weber Fischer
geb.
Richard Weber nebst Kindern,
Eggensteinstr. 18.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Richard Weber nebst Kindern,
Eggensteinstr. 18.
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 4 Uhr, vom
Weihensee-Kirchhof (Köpenick)
aus statt.

**Das Echer-Personal der
„Vossischen Zeitung“**
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 23. Februar, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Invalidenfriedhofes, Fried-
landstraße, aus statt.

**Sozialdemokratischer Verein
für den
5. Berliner Reichstagswahlkreis.**
Am Montag, den 19. d. Mts.,
verstarb unser Parteigenosse, der
Schiffheuer
Richard Hoch
(1861. Ia.).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 22. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, an dem Georgen-
Kirchhof, Weihensee, Köpenicker-
str. 221/2
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Dienstag, den 20. Februar,
verstarb nach kurzem Leiden
meine liebe Frau und gute
Mutter
Anna Weber Fischer
geb.
Richard Weber nebst Kindern,
Eggensteinstr. 18.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Richard Weber nebst Kindern,
Eggensteinstr. 18.
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 4 Uhr, vom
Weihensee-Kirchhof (Köpenick)
aus statt.

Zwei kl. Wohnhäuser,
neu, vollvermietet, h. Sappengarten-
Berlin, 1. d. Reuterstraße o. 90 000 M.
bei 8-10 000 M. Anzahlung ist zu ver-
kaufen. Offerten unter F. 1 Haupt-
expedition des „Vorwärts“. 1215

Am Dienstag entfiel nach
langen, schweren, geduldig er-
tragenem Leiden unser besens-
guter Sohn, Bruder, Schwager,
Onkel und Bräutigam, der Ju-
liander
Bruno Bringmann
Kottbuser Damm 33
im 26. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Wilh. Bringmann und Frau
nebst Geschwistern und Braut
Bertha-Gilberfeld.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Invalidenfried-
hofes in Friedlandfelde aus statt.

Berichtigung.
Die Beerdigung des Genossen
Eduard Lemke
findet nicht am 4. Mts., sondern
am 2. Mts. auf dem städtischen
Friedhof, Köpenickerstr., 20. 21.
Edeleiche Hall.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung
und die überaus reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung
meiner lieben Frau sage hiermit
allen, insbesondere den Kollegen
der Firma Geißler, sowie dem
Zigarrenhändlerverein zu Kitzdorf
meinen herzlichsten Dank. 28/16

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung
und die überaus reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung
meiner lieben Frau sage hiermit
allen, insbesondere den Kollegen
der Firma Geißler, sowie dem
Zigarrenhändlerverein zu Kitzdorf
meinen herzlichsten Dank. 28/16

**Emil Riesebeck
nebst Kindern.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meiner lieben Frau
Auguste Gleiter
sage ich allen Teilnehmern meinen
herzlichsten Dank.
Gottlob Gleiter.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes, unseres guten
Vaters sage ich allen Freunden und
Bekanntem, insbesondere den Kollegen
der Firma Jäger u. Dreßler, der
Firma Geißler, sowie dem Deutschen
Baumarbeiter-Verband meinen besten
Dank.

Anna Biastoff nebst Kindern.

Stoffe
Rote s. Anzug, Paletot Str. 3.- 38.
Loden für Herren Str. 1.50, 2.50,
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Petrikirche.

Ich bin von **Elberfelder
Straße 17** nach
Wickestr. 42
Ecke Waldstraße
verzoogen. **Teleph.** wie bisher
Amt Moabit 4716.
Sprechstunden 8-10, 4-6.
Dr. Moses,
prakt. Arzt.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-12 6-7, Sonntags 10-12 2-4
Frack-Verleih-Institut
Frack, Gehrock, Smoking-Anzüge, für
jede Größe passend, in großer Aus-
wahl vorr. **S. Berg Nachf. Borchardt,**
rödig.
Friedrichstr. 115 I. a. Dammstr. Tor.
Tel. Nord 7402.

Don „Vorwärts“-Lesern
gewähre Rabatt.

Vorletzte Woche
des Inventurverkaufs!

**Gardinen-
Spezialhaus
Emil Lefèvre**
Berlin, Oranienstr. 158
Abgepaßte Fenster,
weiß und crème
p. Fenster 2³³, 3, 4-20 M.
imit. Point-lace-Künstler-
Gardinen, p. Fenster M. 6³⁵
Elegante Sezessions-Tüll-
Stores M. 1⁸⁵
Geschickte echte Spachtel-
Stores M. 7²⁵
Goldfarbige reichgestickte
Band-Stores M. 3⁸⁵
Tüllbestecken, Großo
100/215 cm M. 1⁸⁵
Reichgest. Erbstüll-Bett-
decken M. 3⁸⁵
Elegante Tüll-Bettrück-
wände M. 6⁵⁰
Brisé-Bisac (Scheibenschlötzer)
25, 35, 40, 50 Pfennig.
Nach auswärtig p. Nachnahme.
Inventur - Extralist
beispiellos billiger
Sonder-
angebote gratis und franco.

Moebel-Boebel
Gegründet 1879 **BERLIN S** Gegründet 1879
Oranienstr. (Moritzplatz) 58
Spezialität:
Ein- u. Zwei-Zimmer-Einrichtungen
1 Zimmer und Küche M. 294.- M. 336.- M. 400.- M. 498.- M. 444.- M. 571.- M. 690.- M. 778.-
M. 908.- M. 618.- M. 655.- bis M. 1000.- M. 987.- M. 991.- M. 1044.- bis M. 2500.-
Verkauf in Farbigeblende • Kein Laden • Eigene Werkstätten • Besichtigung erbeten • Musterbuch gratis

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines innig geliebten Sohnes und
Bruders
Bruno Goffke
sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten unseren tiefgefühltesten Dank.
Die tiefbetrübten Eltern und
Schwester.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 21. Februar 1912.

Beginn 7 1/2 Uhr. Kgl. Opernhaus, Margaret, Kgl. Schauspielhaus, 1812, Deutsches, Kurant, etc.

Urania, Tausendstücke 18/19, Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen, etc.

Rose-Theater, Große Frankfurt Str. 132, Anfang 8 Uhr, Napoleon Bonaparte und seine Frauen, etc.

Metropol-Theater, Abends 8 Uhr, Mädchen gestirbt, Die Nacht von Berlin, etc.

Apollo Theater, Vorlesung Woche des großen komischen Programms, Paul Beckers, etc.

Herrnfeld Theater, Ein neuer Sensationserfolg, Wie man Männer bessert, etc.

Schiller-Theater O. Theater, Donnerstag, abends 8 Uhr: König Heinrich, Freitag, abends 8 Uhr: Der Kilometerfresser, etc.

Schiller-Theater Charlottenburg, Donnerstag, abends 8 Uhr: Kyrila-Pyrta, Freitag, abends 8 Uhr: Gräfin Len, etc.

Berliner Theater, Abends 8 Uhr: Große Rosinen, Theater in der Köpenicker Straße, etc.

Dienes Theater, Abends 8 Uhr: Der liebe Augustin, Sonntag 11/2 Uhr: Der ideale Bauer, etc.

Theater des Westens, Abends 8 Uhr: Wiener Blut, Sonntag 11/2 Uhr: Ein Walzertraum, etc.

Residenz-Theater, Diresion Richard Alexander, Abends 8 Uhr: Alles für die Firma, etc.

Urania, Wissenschaftliches Theater, 8 Uhr: Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen, etc.

Suisen-Theater, Donnerstag: Der Verschwendler, Freitag: Sommerputz, Samstag: 4 Uhr: Schneewittchen und Rosenrot, etc.

Belle-Alliance-Theater, 8 1/2 Uhr: Schauspiel des Igl. Schauspielers Georg Noleter in Wallensteins Tod, Freitag: Wilhelm Tell, etc.

Freie Volksbühne

Winterfest, Kommen Sonntag, den 25. Februar, abends 7 Uhr, in Keillers Neuer Philharmonie, Beethoven-Konzert, etc.

Essing-Theater, 8., 14., 21. April: Wenn der junge Wein blüht, Thalia-Theater, etc.

Neues Schauspielhaus, Björnson: Ueber unsere Kraft 2. Teil, Residenz-Theater, etc.

Die Thurnbacherin, Die arme Löwin, Herrnfeld-Theater, etc.

Fiat justitia, Neues Schauspielhaus, 10. März: Calderon de la Barca: Das Leben ein Traum, etc.

Thalia-Theater, 24. März: Schönthan: Der Raub der Sabinerinnen, Ferner: Die Vorstellung der Gruppe 33, etc.

Die Mitglieder d. Nachmittagsabteilungen können zu den Montagabendvorstellungen im Neuen Schauspielhaus, etc.

Ordner-Zusammenkunft bei Schäfer, Nollendorfplatz, Sonntag, 25. Febr., 12 Uhr, Ordner d. 1., 2., 4., 5., 6., 10. Abt., etc.

Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15., Sonntag, den 25. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr: Bunter Abend, etc.

Mitwirkende: Fritz Zander, Tenor, Greta Rote, Rezitation, Adolf Zatta, Trompete, etc.

Neue Welt, Arnold Scholz, Hasenheide 108-114, Heute Donnerstag, den 22. Februar 1912: Elitetag, etc.

Prämierung der größten Pleureusen-Damen-Feder, 3 bare Geldpreise: 50, 30, 20 Mark, etc.

Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse, Anfang 7 Uhr, 5 Kapellen, 30 bayerische Mad'l, etc.

CLOU Berliner Konzert-Haus, Großes Konzert

!!! Zillertaler und Tegernseer Sänge, Plattler und Jodler!!! An allen Wochentagen nachmittags: Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Zirkus A. Schumann, Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung mit dem auserlesenen Sportprogramm, etc.

Zirkus Busch, Donnerstag, den 22. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Abend, etc.

Passage-Theater, Schneider-Duncker, Carl and Loty, die berühmte Excent-Tänzer, etc.

Sarrasani, Schönhauser Allee, Telefon: Nord 4100, Allabendlich 7 1/2 Uhr: Das berühmte, pantomimenfreie, echte, etc.

Laise Schäfer, Vortragskünstlerin, The Hevaldos Truppe, d. best. Schleuderbrett-Akrob., etc.

Circus-Programm, Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen, Vorverkauf a. d. Circuskasse, etc.

Union-Theater, Alexanderplatz, U. d. Linden, Täglich: Louis Bouwmeester, in dem realistischen Schauspiel: 'Geldgier', etc.

Passage-Panoptikum, Das Londoner Mirakel, Die Frau in der Kanne!, Befreiung aus d. Wassergrab, etc.

Moritzplatz, Hasenheide, Sarah Bernhard, in 'Kameliendame', Wedding, Reinickendorfer Str. 14, etc.

Lebend! Lebend! Fakir-Truppe, 15 Personen in ihren religiösen Märtyrer-Produktionen, etc.

Die Macht des Goldes, Anta Nielsen, die 'Duse der Kinokunst', Hauptdarstellerin in dem dreitägigen dramatischen Schauspiel: 'Die Macht des Goldes', etc.

Reichshallen-Theater, Stettiner Sänger, Neu! Neu! Pantoffel-Helden, etc.

'Menschenrechte' allabendlich im Walhalla-Theater, Die größte Sensation des Berliner Theaterlebens! - Großes soziales Volksschauspiel! Ueber 150 Mitwirkende! Balletts! Pracht-Dekorationen! etc.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Landtags-Wahlkreis.

Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Wählerversammlung im Lokal Kreuzberg-Festhalle, Kreuzbergstraße 48, statt.

Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Schöneberg. Die Genossinnen und Genossen wollen zu der heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, stattfindenden Flugblattverbreitung in den bekannten Lokalen zahlreich vertreten sein.

Steglitz-Friedenau. Morgen Freitag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schellhase, Steglitz, Kohnstr. 15a, der zweite Vortragabend des vom Genossen E. Däumig abgehaltenen Vortragskurses über: „Deutsche Literaturgeschichte“ statt.

Der Bildungsausschuß.

Gadow. Am Freitag, den 23. Februar, abends 9 Uhr, im Lokal von Witte: Extrazahlabend. Tagesordnung: Die Erlosgewahl zur Gemeindevertretung.

Berliner Nachrichten.

Dreiklassentolleheiten des Landtagswahlrechts.

Der Landtagswahlkreis Berlin II, der wegen des Todes seines bisherigen Vertreters, des freisinnigen Abgeordneten Gerschel, jetzt eine Ersatzwahl vorzunehmen hat, ist besonders reich an wahrhaft grotesken Blüten des Dreiklassensystems unseres preussischen Landtagswahlrechts.

Für die Wahlmännerwahlen, die zunächst in den 104 Wahlbezirken des ganzen Kreises von den Urwählern vollzogen werden sollen, hat der Magistrat wieder die vorge-schriebene Uebersicht über die einzelnen Urwahlbezirke mit ihren nach den Steuerbeträgen der Wähler festgesetzten Abteilungs- oder Klassengrenzen aufgestellt.

Wo in einem Wahlbezirk inmitten einer großen Zahl minderbemittelter Wähler ein paar schwerreiche Proben wohnen, da führt die Drittelung der Wählerschaft immer wieder dazu, daß die ganze erste Klasse von den paar reichsten Wählern, ja, unter Umständen von einem einzigen aller-reichsten Wähler ausgefüllt wird.

Die Ehre, einziger Erstklassiger zu sein, ist da draußen, wo Berlin aufhört, sehr viel billiger als z. B. in dem Vanfendviertel der Friedrichstadt.

Dreiklassensystem, daß es gelegentlich selbst einen Reichen nicht zu dem „Recht“ kommen läßt, auf das er nach seiner Steuerleistung einen Anspruch zu haben meint.

Der Zufälle tollster war allerdings wohl der, den wir bei den Landtagswahlen von 1908 erlebten. Im Landtagswahlkreis Berlin II war's, wo damals hohen Würden-trägern das Vergnügen wurde, mit ihren Lakaien zusammen in der dritten Klasse zu wählen.

Die Verstaatlichung des Rettungswesens.

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung die Verstaatlichung des Rettungswesens im Prinzip ausgeprochen hatte, verblieb dem Ausschuss, der zur Beratung der Magistratsvorlage eingesetzt war, nur die Aufgabe, die Zusammenfassung des zur Verwaltung des künftigen Rettungswesens einzuwendenden Kuratoriums und gewisse Richtlinien für den ärztlichen Dienst zu bestimmen.

Nach einem Vorschlag, den der um das Berliner Rettungswesen verdiente Sanitätsrat Dr. William Levy in einer Denkschrift gemacht hatte, kann man annehmen, daß eine dcartige Kommission, in welcher alle Interessen vertreten sind, die für die Organisation des ärztlichen Rettungsdienstes in Betracht kommen, über die Vorteile und die Mängel der einzelnen Systeme ein sach-gemäßes Urteil abgeben kann.

Wie schon oben hervorgehoben, schloß sich der Ausschuss dieser unferer Auffassung vollinhaltlich an.

Im künftigen Schulmuseum, Stallchreiberstr. 54, findet vom 24. Februar bis zum 21. März eine Ausstellung von Lehrmitteln für den Aufkaufungs- und deutschen Unterricht statt.

Um den Inselfpeicher.

Die Tiefbanddeputation beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, die Dringlichkeit der Enteignung des Inselfpeichers. Schon einmal hat die Deputation diesen Befehl gefaßt, er wurde aber vom Magistrat abgelehnt.

Das Verkehrs- und Baumuseum an der Invalidenstrasse soll durch einen Erweiterungsbau vergrößert werden.

Propaganda für das „Blaue Kreuz“, die bekannte Antialkoholvereinigung auf religiöser Grundlage, macht die in der Königlich-Charité unter Leitung des Charitédirektors, Geheimrats Witter stehende Fürsorgestelle für Alkoholranke.

Hohenzollernbegeisterung soll, wie wir bereits mitteilten, bei den Berliner Gemeindefunktionären durch Aufführung des Lauffischen Stüdes: „Der große König“ geweckt werden.

Zur Aufklärung in der Schulischen Nordsee. Der Schlosser Oswald Trenkler wurde vorgestern abend nach Berlin übergeführt und bald nach seiner Ankunft in das Polizeipräsidium eingeliefert.

Als Trenkler nach Berlin kam, besaß er nur noch 16 M. Er gibt zu, den Zuvorker Schulze früher gekannt zu haben. Ueber seinen Aufenthalt und seinen Zustand in der Heimat nach Verübung des furchtbaren Verbrechens macht Trenkler folgende Angaben: Als er ganz durchgefroren nach Hause kam, verstaute er seine Deute, die sich in einem Karton befand, in einer Kamme auf dem Gehöft des Vaters.

Der Niefenschwindel im Zuckerhandel, über den wir wiederholt berichteten, hat nach den weiteren Aufdeckungen durch die fortwährende Untersuchung einen noch größeren Umfang gehabt, als man bisher annahm.

Warnung an die Hausfrauen. Neuerdings mehren sich wieder die Klagen über das Treiben gewissenloser Reisender, die den Haus-

